

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 1/25. Jg.

Mitteilungsblatt

Juli 2019

Zu dieser Ausgabe:

Wir gedenken unseres Genossen Helmut Müller, der über viele Jahre als anregender Diskussionspartner unsere Veranstaltungen belebte. Gleichmaßen streitbar und nachdenklich, auf Klarheit dringend und vermittelnd wird er uns in Erinnerung bleiben. Seine Unermüdlichkeit ist uns Verpflichtung, im Kampf gegen Demagogie, Manipulation und systematische Volksverdummung nicht nachzulassen.

Diese Ausgabe der GeKo gibt drei Vorträge wieder, die in den vergangenen Monaten auf unseren Veranstaltungen gehalten wurden. Sie sind die Stellung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts zu den Räten in der Novemberrevolution 1918/19, der historischen Rolle der Kommunistischen Internationale und dem Berliner Blutmai 1929 gewidmet. Sie machen die Grundprobleme des 20. Jahrhunderts deutlich, die auch die des 21. Jahrhunderts sind, insbesondere die Machtfrage und die Eigentumsfragen und deren unlöslichen Zusammenhang. Man kann Demokratie und sozialen Fortschritt nicht im Bunde mit dem Großkapital und dessen politischen Hand- und Kopflangern erkämpfen! Im Ringen um die Überwindung des Kapitalismus und den Weg zu einer neuen, sozialistischen Gesellschaft ist die Rolle der revolutionären marxistischen Vorhut durch keine andere Organisation oder Bewegung zu ersetzen.

Ferner informieren wir über unsere Veranstaltungen von September bis Ende 2019.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Dr. Eckhard Müller Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu den Räten in der Novemberrevolution 1918/19	S. 3
Prof. Dr. Heinz Karl Die historische Rolle der Kommunistischen Internationale	S. 19
Dr. Günter Wehner Der Berliner Blutmai 1929	S. 37
Veranstaltungen des Arbeitskreises, September – Ende 2019	S. 40

Impressum: Die *Geschichtskorrespondenz* erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern/
Interessenten des Arbeitskreises per e-Mail kostenlos zur Verfügung gestellt.

E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) E-Mail-Adresse
entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe
unten) bzw. eine der Kontaktadressen mit.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der
Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Dr. Eckhard Müller

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu den Räten in der Novemberrevolution 1918/19¹

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stimmten bis 1914 als Akteure der deutschen Sozialdemokratie in wichtigen politischen Anliegen objektiv überein, wie in der Forderung nach einer demokratischen Republik und für den Massenkampf gegen Militarismus und imperialistischen Krieg. Sie traten für die revolutionäre Ausnutzung des Parlaments und für die Verbindung des parlamentarischen mit dem außerparlamentarischen Kampf ein. Sie nahmen aber nur relativ sporadisch und wenig direkt voneinander Kenntnis oder aufeinander Bezug. Das änderte sich schlagartig mit Beginn des ersten Weltkrieges im August 1914. Aus politischen Absprachen und Aktionen erwachsen rasch Bande der Freundschaft. An ihnen hatten die persönlichen brieflichen Kontakte Rosa Luxemburgs zu Sophie Liebknecht einen großen Anteil.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden 1915 bzw. 1916 von den staatlichen Repressionsorganen des Wilhelminischen Kaiserreiches wie durch Gefängnis bzw. Zuchthaus und „militärische Schutzhaft“ bewusst von ihren Anhängern getrennt.² Der Signalwirkung ihrer Antikriegshaltung waren aber durch den Belagerungszustand und die Zensur krasse Grenzen gesetzt.

Die Individualität der beiden hatte sich über zwei Jahrzehnte in weitgehend unabhängiger Entwicklung auf unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern und in verschiedenen Freundeskreisen ausgeprägt. Große Verdienste um Leben und Werk der deutschen Linken hat sich die jüngst verstorbene Historikerin Annelies Laschitza mit ihren Biographien und Werkausgaben über Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erworben.³ Rosa Luxemburg, Delegierte und Rednerin auf fast allen Parteitagungen der deutschen Sozialdemokratie seit 1898, eine anerkannte Theoretikerin und Journalistin, Mitbegründerin der SDKPiL und deren Vertreterin im Internationalen Sozialistischen Büro, zeitweilig als Mitglied der polnischen Sozialdemokratie zugleich auch der SDAPR zugehörig und nicht zuletzt beliebte Lehrerin der Parteischule der deutschen Sozialdemokratie war vor allem mit Leo Jogiches, mit den Familien Kautsky und Zetkin befreundet und verkehrte mit Journalisten und polnischen Gefährten. Karl Liebknecht, der Rechtsanwalt und Parlamentarier, erst ab 1904 und danach nicht auf allen Parteitagungen Delegierter und Redner, versierter Agitator und Wahlkämpfer, ab 1902 Abgeordneter in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, ab 1908 im preußischen Abgeordnetenhaus und ab 1912 im Deutschen Reichstag, Initiator und Mitbegründer der internationalen proletarischen Jugendbewegung, 1910 Wahlkampfredner für die Sozialistische Partei in den USA, 1913/1914 Aufsehen erregender und gefürchteter Ankläger gegen die „Internationale der Rüstungsindustrie“ lebte in der großen Liebknechtfamilie mit zwei Schwestern, vier Brüdern, drei Kindern, Nichten, Neffen und der klugen wie verständnisvollen Mutter Natalie Liebknecht. Seine weiteren Kontakte erstreckten sich auf Freunde der Familie wie August Bebel, Julius Motteler, Paul Singer, Kurt Eisner, Georg Ledebour, auf Rechtsanwaltskollegen wie Hugo Haase oder Oskar Cohn, viele Parlamentarier und auch auf Persönlichkeiten außerhalb der sozialdemokratischen Bewegung.

Karl Liebknecht erhielt am 21. März 1915 die Order für ein Jahr als Armierungssoldat an die Front. Aus einer Demonstration heraus auf dem Potsdamer Platz in Berlin wurde er am 1. Mai 1916 wegen des Aufrufs „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ verhaftet, vom Kriegsgericht des „Landes- und Hochverrats“ bezichtigt und zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus sowie zu sechs Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Gegen die Verurteilung Liebknechts organisierten die Revolutionären Obleute in Berlin im Sommer 1916

1 Vortrag auf der Donnerstag-Veranstaltung des Arbeitskreises am 10. Januar 2019. Vgl. auch Eckhard Müller: Rosa Luxemburg, Richard Müller, Ernst Däumig und die Entstehung der Räte in der Novemberrevolution, In: „... alle Macht den Räten!“ Die deutsche Revolution 1918/1919 und ihre Räte. Hrsg. Reiner Zilkenat, Berlin 2018, S. 35-62.

2 Siehe Annelies Laschitza: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 2000, S. 481-584 und dieselbe: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, Berlin 2007, S. 308-352.

3 Siehe auch Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ein biographischer Vergleich, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Berlin), 1/2002, S. 21-37.

einen politischen Massenstreik. Die Bewegung der Revolutionären Obleute entsprach gewiss den Intentionen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, die vor allem in Berlin als Teil der Opposition im Deutschen Metallarbeiterverband (DMV) gegen die Burgfriedenspolitik der Gewerkschaftsführung während des 1. Weltkrieges aus den Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen heraus entstanden war.⁴ Die Revolutionären Obleute waren auch die Träger der späteren Massenstreiks im April 1917 und im Januar 1918.⁵

Gegen Rosa Luxemburg, die ebenfalls auf dem Potsdamer Platz demonstriert hatte, wurde am 10. Juli 1916 „militärische Sicherheitshaft“ verhängt“. Die „militärische Schutzhaft“ gegen Rosa Luxemburg erging auf Grundlage des „Preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand“ vom 4. Juni 1851, das bis 1919 in Kraft blieb.⁶ Mit diesem Gesetz wurden die staatlichen Behörden ermächtigt, auch solche Personen zu inhaftieren, die keine Straftaten begangen hatten. Es genügte der Hinweis auf die bedrohte öffentliche Sicherheit und Ordnung. Im Bericht der Abteilung VII des 3. Kommissariats zur Haussuchung, Vernehmung und Festnahme von Rosa Luxemburg am 10. Juli 1916 an das Polizeipräsidium Berlin vom 27. Juli 1916 hieß es: „Bei den radikalen Linken macht sich jetzt das Fehlen der Luxemburg bemerkbar, der geistigen Leiterin derartiger Aktionen.“⁷ - Von ihr nahmen bekanntlich auch die Kundgebungen für ihren Intimus Liebknecht ihren Ausgang.“⁸ In einer Stellungnahme merkte ein Beamter der Berliner politischen Polizei für den preußischen Minister des Innern Friedrich von Loebell an: „Die Verhängung der Schutzhaft gegen Rosa Luxemburg erfolgte, weil auf sie die Flugblätter ‚Was ist mit Liebknecht?‘, ‚Arbeiter und Arbeiterinnen!‘, ‚Hunger‘ und ‚2 ½ Jahr Zuchthaus‘ zurückzuführen sind.“⁹ Eine Haussuchung ergab zwar wenig Belangreiches, ließ [sic!] aber keinen Zweifel, dass sie im ständigen engen Verkehr mit den Führern der radikalen Opposition stand.“¹⁰

Während des Krieges verbrachte Rosa Luxemburg insgesamt dreieinhalb Jahre im Berliner Frauengefängnis in der Barnimstraße, in der Festung Wronke und im Breslauer Frauengefängnis. Karl Liebknecht musste seine Strafe ab 8. Dezember 1916 zunächst in der Militärarrestanstalt in Berlin-Moabit und danach im Zuchthaus in Luckau absitzen. Infolgedessen war der Kontakt zwischen beiden nur noch über Sophie Liebknecht möglich. Im Unterschied zum „Sicherheitshäftling“ Rosa Luxemburg, die von politischen Freunden besucht werden durfte, wurden zum „Zuchthäusler“ Liebknecht lediglich Familienangehörige vorgelassen.

Mündlicher und schriftlicher Gedankenaustausch mit Rosa Luxemburg wurde unmöglich. Die Zusammenarbeit war fortan auf eine harte Probe und vor fast unlösbare Probleme gestellt. Sie mussten ab Mitte 1916 absolut auf die grundsätzliche Übereinstimmung ihrer antimilitaristischen und antiimperialistischen Positionen und auf ihr gegenseitiges Vertrauen bauen. Ihre unterschiedlichen Einsichten und Erfahrungen flossen während des Krieges in wichtige Publikationen ein: Rosa Luxemburg verfasste die Antikritik „Die Akkumulation des Kapitals oder

4 Siehe Erwin Winkler: Die Bewegung der Berliner Revolutionären Obleute im ersten Weltkrieg. Entstehung und Entwicklung bis 1917, Diss. Berlin 1964 und Dirk H. Müller: Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, des Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung, Berlin 1985, S. 285-328.

5 Siehe Ottokar Luban: Die Massenstreiks für Frieden und Demokratie im Ersten Weltkrieg, in: Chaja Boebel/Lothar Wenzel: Streiken gegen den Krieg! Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918, Hamburg 2008, S. 11-26, Dirk H. Müller: Metallarbeiterverband, Betriebliche Arbeiterausschüsse, oppositionelle Vertrauensleute und der Januarstreik 1918, in: Ebenda, S. 40-50 und Ralf Hoffrogge: Hinter den Kulissen des Januarstreiks 1918. Richard Müller und die Revolutionären Obleute, in: Ebenda, S. 51-66.

6 Siehe Gesetzessammlung für die Königlich-Preußischen Staaten, Berlin 1851, S. 101.

7 Siehe Annelies Laschitza: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, S. 300-319.

8 Dokumente aus geheimen Archiven. Band 4. 1914-1918. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin. Bearb. von Ingo Materna und Hans-Joachim Schreckenbach unter Mitarbeit von Bärbel Holtz, Weimar 1987, S. 145.

9 Siehe Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke (im Folgenden: GW), Bd. 4, 6. Aufl., Berlin 2000, S. 190-197, 215-224.

10 Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Stiftung Preußischer Kulturbesitz, I. HA, Rep. 77 CB S, Nr. 983, Bl. 34 und siehe Rosa Luxemburg: Protokoll über die polizeiliche Durchsuchung und die Vernehmung am 10. Juli 1916, in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke (im Folgendem: GW) Bd. 7/2, 1907 bis 1918. Hrsg. und bearb. von Annelies Laschitza und Eckhard Müller. Mit einem Vorwort von Annelies Laschitza, Berlin 2017, S. 955-958.

Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben“, die Schrift „Die Krise der Sozialdemokratie“ (Junius-Broschüre), die „Einführung in die Nationalökonomie“, die Einleitung zu der von ihr aus dem Russischen ins Deutsche übersetzten Autobiographie von Wladimir Korolenko „Die Geschichte meines Zeitgenossen“ und die Fragmente „Zur russischen Revolution“ sowie „Zur Geschichte der Internationalen, der deutschen Sozialdemokratie, zu Krieg, Revolution und Nachkriegsperspektiven“. Karl Liebknecht formulierte wichtige Dokumente zur Ablehnung der Kriegskredite, stellte die Schrift „Klassenkampf gegen den Krieg! Material zum 'Fall Liebknecht'“, den Politischen Brief der Spartakusgruppe vom 27. Januar 1916, die Schrift „Das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht“ zusammen und brachte seine Gedanken für „Betrachtungen und Erinnerungen aus der 'großen Zeit'“ und für das Fragment „Die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung“ zu Papier. Ein inhaltlicher Gedankenaustausch war nicht möglich.

Zu Gesprächen hatten sie nur noch während ihrer gemeinsamen Teilnahme an Versammlungen im Herbst 1914 und kurzen Gefängnisbesuchen Liebknechts bei Rosa Luxemburg 1915 in der Berliner Barnimstraße die Möglichkeit gehabt. Dort saß Rosa Luxemburg die im Februar 1914 verhängte einjährige Haftstrafe wegen ihrer antimilitaristischen Auffassungen ab. Über den Entwurf von Rosa Luxemburg zu den „Leitsätzen über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ konnten sie sich lediglich auf postalischem Weg verständigen.¹¹ Zwischen dem 16. Februar und dem 1. Mai 1916 hatten sie noch einmal kurzzeitig gemeinsame Anstrengungen unternommen, um die Spartakusgruppe und mit ihr andere Kriegsgegner zum Antikriegskampf zu ermutigen. Danach dürften lediglich Kassiber zwischen ihnen und der Gruppe kursiert sein.

Fast bis zum Ende ihres Lebens blieb die demokratische Republik die institutionelle Form, von der Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg annahmen, sie sei für die proletarische Machteroberung und den sozialistischen Umbau geeignet.¹² Bemerkenswert ist, dass diese Räte als revolutionäre politische Strukturen in Luxemburgs und Liebknechts Schriften vor 1917 keine große Rolle spielen. Räte hatten sich bereits in der ersten russischen Revolution von 1905 gebildet, ebenso wieder 1917.

Die Nachrichten von Ende Februar 1917 über das Hinüberwachsen der Streikbewegung der Petersburger Arbeiter in den Generalstreik, den Sturz des Zarismus und die Bildung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten als revolutionäre Körperschaft brachte Rosa Luxemburg innerlich in Aufruhr, wie sie Hans Diefenbach mitteilte.¹³ Sophie Liebknecht berichtete an ihren Ehemann, dass Rosa Luxemburg ihr am 19. April 1917 geschrieben habe: „Wie muss Karl sich jetzt über die Nachrichten aus Russland freuen!“¹⁴ Auf solche Informationen, die über die russische Revolution zu Karl Liebknecht drangen, konnte er in seinen zensierten Briefen nicht antworten. Die Abgeschlossenheit zu den russischen Vorgängen bedrückte ihn sehr. Seine Informationen waren massiv begrenzt. Er bekam im Zuchthaus nur die bürgerlichen Zeitungen „Deutsche Tageszeitung“ und die Wochenendausgabe des „Berliner Tageblattes und Handelszeitung“. Liebknecht hielt seine Meinungen auf die Vorgänge in Russland auf Notizzetteln fest, wovon einige als Kassiber hinausgeschleust werden konnten. In der Sklavensprache eines Zuchthäuslers warnte er vor Sonderfriedensphantasien. Die Stellung Deutschlands zu Russland charakterisierte Karl Liebknecht Mitte 1917 in seinen politischen Aufzeichnungen: „1904 schleuderte Fürst Bülow jenes 'tua res agitur [Um Deine eigene Sache geht es] (d.h. des

11 Siehe Rosa Luxemburg: Entwurf zu den Junius-Thesen, in: GW, Bd. 4, S. 43-47 und dieselbe: Notizzettel über Änderungen zum Entwurf der Junius-Thesen Ende 1915/Anfang 1916, in: GW, Bd. 7/2, S. 943/944.

12 Siehe Annelies Laschitza: Deutsche Linke im Kampf für eine demokratische Republik. Der Kampf der deutschen Linken für eine demokratische Republik und die Anwendung des politischen Massenstreiks in Deutschland. Zur Entwicklung der deutschen Linken als politisch-ideologische Strömung in der deutschen Sozialdemokratie (1909/1910), Berlin 1969, S. 139-235.

13 Rosa Luxemburg an Hans Diefenbach vom 27. März 1917, in: Gesammelte Briefe (im folgendem: GB), Bd. 5, Berlin 1984, S. 192 und siehe dieselbe, Die Revolution in Russland, Russische Probleme, Der alte Maulwurf, Zwei Osterbotschaften, Brennende Zeitfragen, in: GW, Bd. 4, S. 242-245,, S. 255-257, 258-264, 275-290 und dieselbe. Die russische Revolution, in: GW, Bd. 7/2, S. 1024-1026.

14 Rosa Luxemburg an Sophie Liebknecht vom 19. April 1917, in: GB, Bd. 5, S. 217.

Deutschen Reiches) gegen die aufdämmernde russische Revolution und wie über ein Jahrhundert vorher, so war das Jahrzehnt bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges eine dauernde borusso-zarische Allianz gegen die russische Revolution. Hat sich dies seit dem August 1914, in dem die Kriegsstimmung des deutschen Volkes mit der frechen Demagogie 'Gegen den Zarismus!' aufgepeitscht wurde, und gar seit dem März 1917 in sein Gegenteil verkehrt? Natürlich nicht. Die Katzenfreundlichkeiten gegen das revolutionäre Russland sind ein integrierender Bestandteil, ja das Hauptingredienz der deutschen Intrige gegen das revolutionäre Russland, das halb friedensreif geprügelt, halb friedensreif gestreichelt werden soll.“¹⁵

Mitte September 1917 notierte er: „Nur eine Ganzheit, keine Halbheit, kein achseltragender Kerenski, nur eine Diktatur des Arbeiter- und Soldatenrats, eine Diktatur des Proletariats kann die russische Revolution für die Massen retten; retten vor dem – noch immer – lauernden Zarismus, retten vor den Hohenzollern und Habsburgern, retten vor dem russischen Imperialismus und vor dem Imperialismus der Entente.“¹⁶ Die Diktatur des Proletariats akzeptiere er aber nur, wenn der Massenwillen unverfälscht realisiert und erhalten werde. In einem Brief vom 11. November 1917 an Sophie Liebknecht schrieb Karl Liebknecht grundsätzlich: „Der ungeheure Prozess der sozialen u. wirtschaftlichen Revolutionierung Russlands vom Bodensatz bis zum Schaum, dessen Ausdruck nur die politische – die Verfassungs- u. Verwaltungs-Revolutionierung – ist, steht nicht am Abschluss, sondern im Beginn, vor unbegrenzten Möglichkeiten – weit größer als die Große Franz. Revolution.“¹⁷ Ohne dass er Einzelheiten des Revolutionsgeschehens in Russland kannte, war sich Karl Liebknecht des Großartigen und zugleich Komplizierten der Leistungen der russischen Revolutionäre bewusst. Zugleich bewegte ihn die Frage, wie die Revolution in Russland so rasch wie möglich zur proletarischen Weltrevolution ausgeweitet und dem imperialistischen Weltkrieg durch die internationale Aktion des revolutionären Proletariats ein Ende gesetzt werden konnte. Die Revolutionäre in Russland durch aktiven Kampf gegen den Imperialismus im eigenen Land zu unterstützen, betrachtete er als die wichtigste Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse. Ihr revolutionäres Erwachen ging Karl Liebknecht zu langsam. Unablässig drängte er in zahlreichen Entwürfen für Flugblätter und Aufrufe, dass auch in Deutschland die Zeit zum Handeln reif wäre.

Rosa Luxemburg schrieb am 12. November 1917 an Marta Rosenbaum: „Seit einer Woche etwa sind meine Gedanken in Petersburg, und ich greife mit ungeduldiger Hand jeden Morgen und Abend zu frischen Zeitungen, aber die Nachrichten sind leider knapp und konfus. Auf dauernden Erfolg ist ja dort nicht zu rechnen, aber auf jeden Fall ist schon der Anlauf selbst zur Machtergreifung dort ein Faustschlag ins Gesicht der hiesigen Sozialdemokratie und der ganzen schlummernden Internationale.“¹⁸ Am 24. Oktober 1917 war mit dem bewaffneten Aufstand unter Führung der Bolschewiki die Oktoberrevolution eingeleitet und zwei Tage später in Russland die Macht durch die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten übernommen worden. In einem Brief vom 14. Dezember 1917 forderte Karl Liebknecht: „Lenin und Trotzky müssen ihre Herrschaft außer durch Friedenspolitik (die aber nur eine anständige, internationale und sozialistische sein darf oder nicht sein darf) befestigen durch soziale und wirtschaftliche Umgestaltungen großen Stils, d.h. Durchführung der sozialen (nach der politischen) Revolution!“ Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg befürchteten, dass der Frieden von Brest-Litowsk zum konterrevolutionären Todesstoß gegen Sowjetrußland werde und den deutschen Imperialismus stärken könne. Immer wieder fragte Karl Liebknecht bei seiner Ehefrau Sophie Liebknecht an, wie es Rosa Luxemburg im Gefängnis in Breslau gehe, so in einem Brief vom 16. Juni 1918: „So oft Du sie siehst, grüß herzlichst von mir, sie muss sich gesund halten. Wie stehst mit Lene [Leo Jogiches] u. allen sonst?“¹⁹ Die Spartakusgruppe propagierte verstärkt revolutionäre Massenaktionen und die Bildung von Räten nach dem Beispiel in Russland.²⁰

15 Karl Liebknecht: Deutschland und die russische Revolution (Mitte 1917), in: Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin 1971 (im Folgenden: GRS), S. 339.

16 Karl Liebknecht: Aus einer Notiz im Zuchthaus Luckau, September 1917, in: Ebenda, S. 340.

17 Ebenda, S. 371.

18 Rosa Luxemburg an Marta Rosenbaum vom 12. November 1917, in: GB, Bd. 5, S. 319.

19 Zit. nach Annelies Laschitzka: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, S. 345.

20 Siehe Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II: 1914-1945.

An Clara Zetkin schrieb Rosa Luxemburg Ende Januar 1918: „Über die Österreicher hast Du Dich sicher auch gefreut. Der alte [Victor] Adler erlebt einen Bankrott nach dem anderen ...“²¹ Ihre Freude bezog sich auf den politischen Massenstreik in Österreich im Januar 1918, in dessen Verlauf die Forderungen nach Frieden ohne Annexionen, demokratisches Wahlrecht in den Vordergrund traten. Es wurden Arbeiterräte gebildet, die von der Regierung anerkannt wurden. Rosa Luxemburg wartete Ende Januar ungeduldig auf Zeitungen aus Berlin, denn vom 28. Januar an streikten 400 000 Arbeiter vorwiegend in der Berliner Rüstungsindustrie und es bildete sich in Berlin ein über 400 Mitglieder zählender Groß-Berliner Arbeiterrat. „Inzwischen sind bewegte Zeiten eingetreten...“²²

Rosa Luxemburg erlangte ihre Informationen zu den Diskussionen zum nationalen und internationalen Geschehen, vor allem zum pro und contra Bolschewiki 1917/18, aus dem Studium des „Berliner Tageblatt und Handelszeitung“, der Zeitschrift „Die Aktion“ von Franz Pfemfert, der Wochenschrift „Arbeiterpolitik“ aus Bremen, der „Breslauer Zeitung“, der „Leipziger Volkszeitung“, des „Mitteilungs-Blattes des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend“, des „Sozialdemokrat. Mitteilungsblatt für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart“, hrsg. von Clara Zetkin²³, der Korrespondenz „Sozialistische Auslandspolitik“, hrsg. von Rudolf Breitscheid und des „Vorwärts“, Berlin. Als weiteres Material dienten ihr von Freunden in das Gefängnis eingeschmuggelte zeitgenössische russische Zeitungen und Broschüren.²⁴ Rosa Luxemburgs Analysen zu den Entwicklungen in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und zum Kriegsgeschehen 1917/18 fanden in Artikeln für die „Spartakusbriefe“ und die Zeitung „Der Kampf“, Duisburg sowie in Flugblättern der Spartakusgruppe, die illegal aus der Gefängnishaft herausgeschmuggelt worden sind, ihren Niederschlag. Zudem arbeitete sie an Manuskripten, die erst nach ihrer Ermordung in ihrem Nachlass aufgefunden worden sind.

In ihrem erst 1922 von Paul Levi und fast gleichzeitig von Franz Pfemfert veröffentlichten Manuskript „Zur russischen Revolution“ vom Sommer 1918²⁵ stellte Rosa Luxemburg fest: „In dieser Situation gebührt denn der bolschewistischen Richtung das geschichtliche Verdienst, von Anfang an diejenige Taktik proklamiert und mit eiserner Konsequenz verfolgt zu haben, die allein die Demokratie retten und die Revolution vorwärtstreiben konnte. Die ganze Macht ausschließlich in die Hände der Arbeiter- und Bauernmasse, in die Hände der Sowjets – dies war in der Tat der einzige Ausweg aus der Schwierigkeit, in die die Revolution geraten war, das war der Schwertstreich, womit der gordische Knoten durchhauen, die Revolution aus dem Engpass hinausgeführt und vor ihr das freie Blachfeld einer ungehemmten weiteren Entfaltung geöffnet wurde.“²⁶ Aber blieben die russischen Revolutionäre isoliert, wären angesichts innerer Konterrevolution und äußerer Bedrohung nicht Demokratie und Sozialismus, sondern nur ohnmächtige, verzerrte Anläufe zu beiden das Ergebnis. Rosa Luxemburg war überzeugt, dass der Sozialismus nur erfolgreich sein werde, wenn er aus einer weltrevolutionären Umwälzung erwachse und wenn er das Werk der Volksmassen, der „Klasse und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d.h. sie muss auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen ...“²⁷ Sie lehnte undemokratische, zum Teil terroristische Mittel und Methoden der Bolschewiki ab. Trotz aller Kritik bleibe es das Verdienst der russischen Revolutionäre, „mit der Eroberung der politischen Gewalt und der praktischen

Band 2, November 1917-Dezember 1918, Berlin 1957, S. 56-58, 62-65, 67-73, 98/99, 128-130, 137/138, 154-157, 163-165, 168-177, 182-184, 189, 191-195, 214-216, 221-223, 226-234, 244/245, 248-250, 294-298, 307-315, 324/325, 328/329, 341/342, 352-354, 418-427, 475-478.

21 Rosa Luxemburg an Clara Zetkin vom 30. Januar 1918, in: GB, Bd. 5, S. 364.

22 Rosa Luxemburg an Franz Mehring vom 31. Januar 1918, in: Ebenda, S. 365.

23 Siehe Jörn Schütrumpf: Clara Zetkins vergessenes Blatt, in: Clara Zetkin. Die Kriegsbriefe (1914-1918). Hrsg. von Marga Voigt, Berlin 2016, S. 506-508.

24 Siehe Annelies Laschitza: Im Lebensrausch, trotz alledem. Eine Biographie, S. 571/572.

25 Siehe Die Russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlaß von Rosa Luxemburg. Hrsg. und eingeleitet von Paul Levi, o.O., 1922 und Franz Pfemfert: Die russische Revolution, in: Die Aktion (Berlin), XII. Jg., Nr. 5/6 vom 22. Februar 1922.

26 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: GW, Bd. 4, S. 384.

27 Ebenda, S. 363.

Problemstellung der Verwirklichung des Sozialismus dem internationalen Proletariat vorangegangen zu sein und die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in der ganzen Welt mächtig vorangetrieben zu haben. In Russland konnte das Problem nur gestellt werden.“²⁸ Es kann nur international gelöst werden. „Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen [Proletariat] als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen.“²⁹

Karl Liebknecht wurde am 23. Oktober 1918 infolge einer Amnestie der Regierung des Prinzen Max von Baden aus dem Zuchthaus in Luckau entlassen. Beim Empfang in der sowjetrussischen Botschaft am 24. Oktober wurde Karl Liebknecht von Botschafter Joffe mit der Ansicht konfrontiert, dass man von ihm den Führer der deutschen Revolution erwarte. Karl Liebknecht erklärte nach den Erinnerungen von Artur Holitscher, dass „die russische Revolution ... in Gefahr [ist], wenn ihr die deutsche nicht zur Hilfe kommt! Gelingt es dem deutschen Proletariat nicht, den Sieg zu erringen, dann verschlingt der Weltkapitalismus, der noch mächtig und ungebrochen dasteht nach dem Gemetzel, die Welt und das Proletariat und das Menschenrecht in kurzer Frist. Das wollen wir verhindern... Wir müssen zur Tat schreiten. Keine Zeit zu verlieren. Zur Tat!“³⁰

Die folgenden Tage waren für Liebknecht mit öffentlichen Versammlungen, Sitzungen, Beratungen mit der Spartakusgruppe und Besprechungen mit Vertretern der USPD ausgefüllt. Am 26. Oktober wurde er gemeinsam mit Wilhelm Pieck und Ernst Meyer Mitglied des Vollzugsausschusses der Revolutionären Obleute. Auf einer öffentlichen Versammlung am 27. Oktober hatte er seine Rede geschlossen mit der Forderung: „Nieder mit den Hohenzollern!“³¹ Der Berliner Polizeipräsident bat daraufhin am 28. Oktober 1918 den Ersten Staatsanwalt beim Königlichen Landgericht gegen Karl Liebknecht wiederum ein Verfahren wegen Hoch- und Landesverrat zu eröffnen.³²

Als Ende Oktober 1918 die Hochseeflotte zum militärisch sinnlosen Angriff auf die britische Flotte auslaufen sollte, traten am 3. und 4. November 1918 alle Mannschaften in den Flottenstützpunkten Wilhelmshaven und Kiel in den bewaffneten Aufstand, der in den folgenden Tagen die gesamte Flotte erfasste, und dem sich die Soldaten des Landheeres und die Arbeiterschaft in ganz Deutschland anschlossen. Die Zentrale der Spartakusgruppe schrieb am 5. November an Rosa Luxemburg: „Zum Zeichen der Stimmung in den Heeresteilen ist von Bedeutung, die Nachricht: Am Freitag sollte von der Flotte ein großer Schlag gegen England ausgeführt werden. Die Flotte fuhr aus, aber nach einiger Zeit unverrichteter Sache wieder zurück, da die gesamte Flotte meuterte. Man sagt, dass die Scheidemänner die Angelegenheit schon in die Hand genommen hätten und zu dämpfen versuchen.“³³ Der Parteivorstand der Mehrheitssozialdemokratie hatte am 4. November Gustav Noske, seit 1912 Korreferent für Marinefrage in der Budgetkommission des Reichstags, nach Kiel geschickt und er wurde Gouverneur des Marinestandortes. In einer gemeinsamen Sitzung von sozialdemokratischer Reichstagsfraktion und Parteiausschuss am 6. November 1918 wurde die Entsendung Noskes als beispielhaft begrüßt, um die revolutionäre Erhebung unter Kontrolle zu bringen, um sich an ihre Spitze zu setzen und um sie faktisch zu adoptieren.³⁴

Der Sturmwind der Novembertage des Jahres 1918 ließ mit einem Male in allen Teilen Deutschlands einschließlich der Hauptstadt Berlin Arbeiter- und Soldatenräte entstehen. Die

28 Ebenda, S. 365.

29 Ebenda, S. 364 und siehe Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg und die welthistorische Bedeutung von Revolutionen, in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung (Frankfurt/M.), Nr. 115, September 2018, S. 47-55.

30 Zit. nach Annelies Laschitza unter Mitwirkung von Elke Keller: Karl Liebknecht. Eine Biographie in Dokumenten, Berlin 1982, S. 378/379.

31 Aus einem Bericht im „Berliner Tageblatt“, in: Ebenda, S. 380.

32 Siehe Ebenda, S. 381.

33 Zit. nach Ottokar Luban: Zwei Schreiben der Spartakuszentrale an Rosa Luxemburg (Juni 1917; 5. November 1918), in: Archiv für Sozialgeschichte, Band XI, Hannover 1971, S. 238/239.

34 Siehe Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918. Zweiter Teil, bearb. von Erich Mattias und Eberhard Pikart, Düsseldorf 1966, S. 511.

Revolution schuf sich mit Elementargewalt ihre eigenen Organe.³⁵ Karl Liebknecht schrieb in sein Tagebuch: „So kam am 9. November die Revolution – trotz aller Brems- und Verwirrungsversuche des ‘Vorwärts’ usw.“³⁶ Er stellte am 9. November sechs Bedingungen für seinen Eintritt in die Regierung, dass Deutschland eine sozialistische Republik wird, in der „die gesamte exekutive, legislative, jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und Soldaten“ liegt.³⁷ Liebknechts Bedingungen wurden von den Mehrheitssozialdemokraten abgelehnt.

Am 10. November trat eine Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte zusammen, um einen Vollzugsrat der „Sozialistischen Deutschen Republik“ und um einen Rat der Volksbeauftragten zu wählen. Die Mehrheitssozialdemokratie hatte dank ihrer festen Organisationsstruktur, ihrem Einfluss auf viele Truppenteile und ihrer Dominanz im Pressewesen eine klare Mehrheit. Ihr gelang es, den Grundsatz der Parität durchzusetzen. Im Rat der Volksbeauftragten waren Ebert (SPD) und Hugo Haase (USPD) formell gleichberechtigte Vorsitzende, jedoch war Ebert für die Ressorts Militärwesen und Sicherheitswesen, Haase für Außenpolitik und Kolonien zuständig. Ebert nutzte seine Verantwortlichkeit, um sich vom 10. November an jede Nacht zwischen 23 und 1 Uhr über eine geheime Leitung mit der Obersten Heeresleitung abzustimmen. Gemeinsam organisierten sie die Formierung der militärischen Konterrevolution. Für die Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte zum weiterbestehenden Staatsapparat wurde festgestellt: „Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammen zu berufen sind.“³⁸ In einer Denkschrift des Ministerialrates im Auswärtigen Amt Walter Simons vom 12. November hieß es jedoch: „Grundsätzlich sollte der Rat der Volksbeauftragten der Träger der Gesetzgebung und Exekutive sein.“³⁹ Der Vollzugsrat wurde als „Übergangs- und Ersatzgebilde“ bezeichnet⁴⁰.

Am 8. November 1918 wurde Rosa Luxemburg aus der „militärischen Schutzhaft“ im Gefängnis in Breslau entlassen. Die kleine Ortsgruppe der USPD bemühte sich darum, dass Rosa Luxemburg in einer Versammlung im Breslauer Gewerkschaftshaus am 10. November das Hauptreferat mit unbegrenzter Redezeit halten könne. Rosa Luxemburg schrieb sogleich an Paul Löbe, Mitglied des Parteiausschusses der SPD, Führer der Breslauer Sozialdemokratie und Chefredakteur der hiesigen „Volkswacht“: „Ich bin im Transportarbeiterbüro Roßplatz 23. Sie können zu jeder Stunde jetzt nachts oder morgen vor der Versammlung zu mir Einlass bekommen. Es ist unbedingt notwendig, dass wir uns vor der Demonstration verständigen.“⁴¹ Löbe und der Arbeiter- und Soldatenrat Breslaus billigten Rosa Luxemburg lediglich eine viertelstündliche Begrüßungsrede zu, verweigerten ihr aber das Hauptreferat.⁴² Daraufhin machte sie sich per Eisenbahn auf einen beschwerlichen Weg nach Berlin, wo sie am Abend des 10. November eintraf.

Stunden zuvor hatte die oben genannte Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Berlins getagt, auf der auch Karl Liebknecht das Wort ergriff. „Ich muss Wasser in den Wein Eurer Begeisterung schütten. Die Gegenrevolution ist bereits auf dem Marsche, sie ist bereits in Aktion! ... Der Triumph der Revolution wird nur möglich sein, wenn sie zur sozialen Revolution wird, nur

35 Siehe Einleitung zu: Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongress, Berlin 1993, S. X-LIX.

36 Karl Liebknecht: Tagebuch, in: GRS, Bd. IX, S. 585.

37 Bedingungen Karl Liebknechts zum Eintritt in die Regierung vom 9. November 1918, in: Ebenda, S. 593.

38 Schreiben des Parteivorstandes der USPD vom 10. November 1918 an den Parteivorstand der SPD über den Eintritt von USPD-Mitgliedern in den Rat der Volksbeauftragten, In: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II: 1914-1945. Band 2, November 1917-Dezember 1918, Berlin 1957, S. 346.

39 Zit. nach Ingo Materna: Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19, Berlin 1978, S. 53.

40 Zit. nach Ebenda.

41 Rosa Luxemburg an Paul Löbe vom 8. November 1918, in: GB, Bd. 5, Berlin 1984, S. 414.

42 Siehe Erich Lessing: Eine Erinnerung an Rosa Luxemburg, in: Schlesische Arbeiterzeitung (Breslau) vom 9. Juli 1924 und Theodor Oliwa: Paul Löbe. Ein sozialdemokratischer Politiker und Redakteur. Die schlesischen Jahre (1875-1919), Neustadt an der Aisch 2003, S.287-289.

dann wird sie die Kraft besitzen, die Sozialisierung der Wirtschaft, Glück und Frieden für alle Ewigkeit zu sichern!“⁴³ Der Vorschlag von Emil Barth, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte zu wählen, war mehrheitlich abgelehnt worden. Diese Niederlage für die Spartakusgruppe warf ein deutliches Schlaglicht auf das ungünstige Kräfteverhältnis zwischen Mehrheitssozialdemokratie, USPD und Spartakus im Ringen um Masseneinfluss.

Da Karl Liebknecht sich hauptsächlich der Agitation unter den Massen widmete und überall hinging, wo sich etwas ereignete, befand er sich auch ständig inmitten der Auseinandersetzungen zwischen Spartakusfreunden, Mehrheitssozialdemokraten, USPD-Führern und Revolutionären Obleuten. Rosa Luxemburg dagegen konnte sich keinen Zugang zu Gremien wie den Revolutionsausschuss der Obleute verschaffen und war weitgehend auf Informationen anderer angewiesen. Ihre Stärke waren scharfsinnige Stellungnahmen in der „Roten Fahne“ zu den Vorgängen mit entsprechenden grundsätzlichen Folgerungen für das Verhalten des Spartakusbundes. Unmittelbaren Einfluss aber konnte sie weniger als Liebknecht nehmen.⁴⁴

Kurze Zeit nach ihrer Haftentlassung kamen sie einer Ehrenpflicht nach, über die Rosa Luxemburg in ergreifender Weise schrieb: „Liebknecht und ich haben beim Verlassen der gastlichen Räume, worin wir jüngst hausten - er seinen geschorenen Zuchthausbrüdern, ich meinen lieben armen Sittenmädchen und Diebinnen, mit denen ich dreieinhalb Jahre unter einem Dach verlebt habe -, wir haben ihnen heilig versprochen, als sie uns mit traurigen Blicken begleiteten: Wir vergessen Euch nicht! Wir fordern vom Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates eine sofortige Linderung des Schicksals der Gefangenen in allen Strafanstalten Deutschlands! Wir fordern die Ausmerzung der Todesstrafe aus dem deutschen Strafkodex! Blut ist in den vier Jahren des imperialistischen Völkermordes in Strömen, in Bächen geflossen. Jetzt muss jeder Tropfen des kostbaren Saftes mit Ehrfurcht in kristallinen Schalen gehütet werden. Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit - dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus.“⁴⁵

In der „Roten Fahne“ vom 18. November 1918 proklamierte Rosa Luxemburg in ihrem Artikel „Der Anfang“ die Abschaffung des Kapitalismus und den Sozialismus als Ziel der Revolution in Deutschland. Die „übernommenen Organe des absolutistischen militärischen Polizeistaates“ seien ebenso zu beseitigen wie die Institutionen des bürgerlichen Parlamentarismus. Alle politische Macht müsse auf die neu entstehenden Rätegremien übergehen.⁴⁶

Im Deutschland der Novemberrevolution wurde der Konflikt zwischen dem Lager der proletarischen Machtübernahme in Form der Räte Demokratie und dem Lager der bürgerlichen Konterrevolution, die sich rund um die Losung nach der Nationalversammlung scharte, zur alles entscheidenden Frage. In ihren Analysen zur ersten russischen Revolution 1905 hatte Rosa Luxemburg bereits festgestellt: „Die Fesseln und Schranken sind das Werk der bürgerlichen Parlamente, sind Ergebnis der Gesetzgebung, in der die Bourgeoisie die Mehrheit besitzt, alle diese Rechte sind angepasst an die politische Herrschaft der Bourgeoisie ... Auf diese Weise schafft die „bürgerliche Legalität“, also das Recht zum Schutze der bürgerlichen Herrschaft, so eine Art eisernen Käfig, in dessen Inneren der Klassenkampf des Proletariats stattfinden muss... In den revolutionären Zeiten zerplatzt dieser Käfig der „Rechtmäßigkeit“, der „Legalität“ wie ein Kessel, der unter zu viel Dampf stand, und der Klassenkampf entweicht nach außen, entblößt, durch nichts mehr gehemmt. Ökonomisch und sozial herrscht während der Revolution natürlich die Bourgeoisie, ganz wie zuvor, da in ihrem Besitz die Produktionsmittel liegen und auf die Produktion das gesamte soziale Leben ausgerichtet ist ... In der Revolution, in der die Klasseninteressen in der direkten Auseinandersetzung angepasst werden, formiert sich das, was

43 Rede Karl Liebknechts in der Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte am 10. November 1918, in: GRS, Bd. IX, S. 596/597.

44 Siehe Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in den Wochen der Revolution, in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung (Frankfurt/M.), Nr. 77, März 2009, S. 23-39.

45 Rosa Luxemburg: Eine Ehrenpflicht, in GW, Bd. 4, S. 406.

46 Siehe Rosa Luxemburg: Der Anfang, in: Ebenda, S. 397-400.

Lassalle das Wesen der Verfassung nannte, also das faktische Verhältnis der Klassenkräfte.“⁴⁷ Rosa Luxemburg unterstrich, dass die Bourgeoisie keine parlamentarische Partei ist, die durch parlamentarische Mehrheiten entmachtet werden kann, „sondern eine herrschende Klasse ..., die sich im Besitz sämtlicher ökonomischer und politischer Machtmittel befindet“⁴⁸.

Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte hielt aber an illusionären Vorstellungen seiner Machtvollkommenheit fest, wie er in einer Erklärung vom 23. November zur staatsrechtlichen Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte und der Volksbeauftragten dokumentierte.⁴⁹

Nach der Überlieferung von Richard Müller, zentraler Sprecher der Revolutionären Obleute und Mitglied des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte von Groß-Berlin, aber ohne Beleg soll Rosa Luxemburg darauf geantwortet haben: „Der Vollzugsrat der vereinigten Räte Russlands ist – mag man gegen ihn schreien, was man will – freilich ein ander Ding als der Berliner Vollzugsrat. Jener ist Haupt und Hirn einer gewaltigen revolutionär-proletarischen Organisation, dieser das fünfte Rad am Wagen einer kryptokapitalistischen Regierungsclique, jener ist die unerschöpfliche Quelle proletarischer Allmacht, dieser gleicht der ausgetrunkenen Feldflasche, die an einem heißen Sommertage zur Seite hängt, jener ist der lebendige Leib der Revolution und dieser ihr Sarkophag.“⁵⁰

Am 13. November 1918 war im „Vorwärts“ das „Programm der Reichsleitung“ mit der Schlagzeile „Vorbereitung der konstituierenden Nationalversammlung“⁵¹ erschienen und Chefredakteur Friedrich Stampfer schrieb unter der Überschrift „Die Reichsregierung und die Arbeiter- und Soldatenräte“: „Hie Demokratie durch die konstituierende Nationalversammlung, da Diktatur durch die Arbeiter- und Soldatenräte. Gemeinsames Ziel: Verwirklichung des Sozialismus, aber für die einen durch den allgemeinen Volkswillen bedachtsam organisierend, für die anderen durch den Herrenwillen ihrer Partei, übers Knie brechend, ohne Rücksicht auf die Leiden, die aus etwa fehlgeschlagenen Maßnahmen gerade auch den Arbeitern entstehen können und in Russland auch entstanden sind.“⁵¹ In einem Offenen Brief warnte Stampfer die Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte neun Tage später vor einem überreizten Machtbewusstsein: „Eure Aufgabe ist es, die Organisation der sozialen Republik in die Wege zu leiten, nicht zu diktieren.“⁵²

Unter dem Eindruck der Februar- und Oktoberrevolution 1917 in Russland und der Entwicklung der Novemberrevolution 1918 in Deutschland charakterisierten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die Räte als „Klassenorgane“ und als diejenigen politischen Institutionen, die dem Proletariat die Verwirklichung seiner Ziele ermöglichten.⁵³ Karl Liebknecht arbeitete in „Leitsätzen“ vom 28. November 1918 ein klares Programm von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zur Weiterführung der Revolution aus: „Das Proletariat muss den herrschenden Klassen die politische Macht endgültig entwenden, indem es alle staatlichen Machtfunktionen grundsätzlich dem revolutionären Proletariat vorbehält ... Das Proletariat muss den Kapitalisten ihre wirtschaftliche Macht, die festeste Grundlage der Klassenherrschaft, entreißen ... Bewaffnung der revolutionären Masse des Proletariats ... Entwaffnung der anderen Bevölkerungsteile ... Zur endgültigen Eroberung der sozialen Machtstellung ist eine tief

47 Rosa Luxemburg: Taktik der Revolution, in: Rosa Luxemburg. Arbeiterrevolution 1905/06. Polnische Texte. Hrsg. und übersetzt von Holger Politt, Berlin 2015, S. 205-206.

48 Rosa Luxemburg: Die Nationalversammlung, in: GW, Bd. 4, S. 407/408.

49 Siehe Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II. Band 2, S. 459, Ingo Materna: Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte n1918/19, S. 98-106 und Richard Müller: Geschichte der Novemberrevolution, 5. erweiterte Aufl. Berlin 2012, S. 476.

50 Richard Müller: Eine Geschichte der Novemberrevolution, S. 384.

51 Vorwärts (Berlin), Jg. 35, Nr. 313 vom 13. November 1918.

52 Friedrich Stampfer: An die Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte, in: Ebenda, Nr. 321 vom 22. November 1918.

53 Siehe Volker Arnold: Rätebewegung und Rätetheorien in der Novemberrevolution. Räte als Organisationsformen des Kampfes und der Selbstbestimmung. Hamburg 1985, S.101-154, Peter Bierl: Alle Macht den Räten. Rosa Luxemburg: Rätepolitik und Sozialismus, Köln, 1993, S. 78-82 und 93-96 und Annelies Laschitzka: Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs Stellung zu den Räten, in: Deutsche Historiker-Gesellschaft. Wissenschaftliche Mitteilungen (Berlin), 1969/I, S. 105-115.

einschneidende soziale Gesetzgebung ... notwendig, um alle menschlichen Kräfte der Gesellschaft zu entfalten und zu beschirmen.“⁵⁴ Angesichts der Illusionen, die die Mehrheit des Menschen über die Wahlen zu einer Nationalversammlung und deren Macht hatten formulierte er: „Die bürgerliche Demokratie ist eine verfälschte Demokratie, da die ökonomische und soziale Abhängigkeit der arbeitenden Masse auch bei formaler Gleichheit den herrschenden Klassen sachlich ein ungeheures politisches Übergewicht gibt und die ökonomische und soziale Abhängigkeit an und für sich wirkliche Demokratie ausschließt. So führt der Weg zur Demokratie über den Sozialismus, nicht aber der Weg zum Sozialismus über die sogenannte Demokratie. Eine ´Nationalversammlung´ kann höchstens am Schlusse, nicht aber am Anfang der jetzt einzuschlagenden Entwicklung stehen.“⁵⁵ In ihrem Aufruf „An die Proletarier aller Länder!“ hatten am 25. November 1918 Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin im Namen des Spartakusbundes appelliert, dass das vom verruchten Völkermord ruinierte Europa nur durch den Sozialismus vor furchtbarster Hungersnot, Stockung des gesamten Produktionsmechanismus, Seuchen und Degeneration zu retten sei. „Wir fordern euch auf: Wählet überall Arbeiter- und Soldatenräte, die die politische Macht ergreifen und die zusammen mit uns den Frieden herstellen werden.“⁵⁶

In diesem Sinne formulierte Rosa Luxemburg am 14. Dezember 1918 im Programmentwurf „Was will der Spartakusbund?“⁵⁷, dass sich auf allen Ebenen Räte sowie ein Zentralrat als nationales und ein Vollzugsrat als exekutives Organ konstituieren müssen. Die arbeitende Bevölkerung und die Soldaten hätten ein imperatives Mandat gegenüber den lokalen Rätestrukturen. Imperatives Mandat gehe über einfache Rechenschaftspflicht hinaus und bedeutete Bindung an Beschlüsse der Basis und jederzeitige Abwählbarkeit von Mandatsträgern. Die lokalen Räte sollten ihrerseits übergeordnete Gremien nach dem Delegiertenprinzip besetzen. Interne Angelegenheiten einzelner Betriebe – große und mittlere Unternehmen, Banken, Bergwerke und Hütten will sie sofort enteignen – sollten von speziellen Betriebsräten geregelt werden.⁵⁷ In ihrem Programmentwurf versicherte Rosa Luxemburg zugleich: „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewussten Zustimmung zu den Aussichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“⁵⁸

Als sich Mitte Dezember 1918 die Auseinandersetzungen über die Frage Nationalversammlung oder Räteregierung zuspitzten, erklärte Rosa Luxemburg am 15. Dezember auf einer außerordentlichen Verbandsversammlung der USPD von Groß-Berlin: „Ja, die Zustände in der USP sind unhaltbar, da hier Elemente vereinigt sind, die nicht zusammengehören. Entweder ist man entschlossen, gemeinsame Sache mit den Sozialpatrioten zu machen, oder man muss mit dem Spartakusbund gehen. Darüber sollte der Parteitag entscheiden. Aber indem wir den Parteitag fordern, finden wir jetzt bei Haase ebenso verstopfte Ohren, wie wir sie mit der gleichen Forderung während des Krieges bei Scheidemann fanden. Ich lege der Verbandsversammlung folgende Resolution vor: Die außerordentliche Verbandsversammlung der USP von Groß-Berlin am 15.12.1918 fordert:

1. den sofortigen Austritt der Vertreter der USP aus der Regierung Ebert-Scheidemann;
2. die Verbandsversammlung lehnt die Einberufung der Nationalversammlung ab, die nur dazu führen kann, die Gegenrevolution zu stärken und die Revolution um ihre sozialistischen Ziele zu betrügen;
3. die sofortige Übernahme der ganzen politischen Macht durch die A.- und S.-Räte, Entwaffnung der Gegenrevolution, Bewaffnung der Arbeiterbevölkerung, Bildung der Roten Garde zum Schutze der Revolution, Auflösung des Ebert-Rates der Volksbeauftragten, Ausstattung des Vollzugsrates der A.- und S.-Räte mit der höchsten Staatsgewalt;

54 Karl Liebknecht: Leitsätze (8. November 1918), in: GRS, Bd. IX, S. 632-634.

55 Ebenda, S. 631.

56 Ebenda, S. 611.

57 Siehe Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund? In: GW, Bd. 4, S. 440-449.

58 Ebenda, S. 448.

4. die Verbandsgeneralversammlung fordert die sofortige Einberufung des Parteitages der USPD. Wir stehen jetzt vor einem Augenblick von weltgeschichtlicher Bedeutung, kurz vor der Verhandlung des Zentralrats. Beinahe ist die Revolution schon an den Rand des Abgrundes gebracht, mit eiserner Hand muss das Proletariat sie zurückreißen. Die Regierung hat alles getan, um im Voraus dem Zentralrat der A.- und S.-Räte die Macht zu entwenden, sie hat die Zivilbevölkerung und das Proletariat entwaffnet, sie hat Maßnahmen getroffen, die gegen die Revolution sind und die Massen verwirren. Dagegen gilt es mit Unerbittlichkeit zu kämpfen.“⁵⁹

Karl Liebknecht forderte in seiner Rede der Konterrevolution entgegenzutreten: „Wir sehen, dass das Machtverhältnis zwischen Vollzugsrat und Regierung sich völlig verschoben hat. Aus dem Willen der Massen war der Vollzugsrat geboren, aber Schritt für Schritt ist ihm seine Macht genommen worden ... Wir rufen das Proletariat zu einer neuen Revolution auf, zu der wirklichen Revolution, die die Sozialpatrioten zerschmettert.“⁶⁰

Zugleich versuchte Rosa Luxemburg als Referentin zu Nationalversammlung oder Rätengewalt auf dem ersten Reichsrätekongress der Arbeiter- und Soldatenräte aufgestellt zu werden. Stattdessen trug der Vollzugsrat ihr, Karl Liebknecht oder einem anderen Vertreter des Spartakusbundes das Korreferat zum Punkt: Sozialisierung der Gesellschaft an, was der Spartakusbund aber ablehnte.⁶¹ In der „Roten Fahne“ vom 15. Dezember war dazu zu lesen: „Vom Vollzugsrat ist uns dieses Korreferat zwar angeboten, von uns jedoch ausdrücklich mit der Begründung abgelehnt worden, dass die Frage der Sozialisierung in Wirklichkeit durch die Stellungnahme zur Frage der Nationalversammlung, also schon bei Punkt 2, entschieden wird, wonach die späteren Erörterungen über die Sozialisierung einen rein akademischen Charakter tragen.“⁶²

Wie Karl Liebknecht wurde Rosa Luxemburg die Teilnahme am Kongress und das Rederecht verwehrt. Karl Liebknecht unterbreitete Vorschläge für vier Anträge an den Kongress. Der Rätekongress sollte sich 1. Als „oberste gesetzgebende u. ausübende Gewalt“ erklären. 2. „Die Gegenrevolution und die vom Rätekongress sofort zu ergreifenden Maßregeln zum Schutze der Revolution“ als ersten Tagesordnungspunkt behandeln. 3. „Zu Punkt 11 der Tagesordnung zu beantragen: Deutschland eine einheitliche sozialistische Republik, in der alle Macht den A.-u. S.-Räten zusteht. Der vom Rätekongress gewählte Vollzugsrat – beim Nichtzusammensein des Rätekongresses – das höchste Organ der Gesetzgebung und Vollzugsgewalt, durch das auch die Volksbeauftragten u. alle zentralen Reichsbehörden zu ernennen u. anzusetzen sind“ 4. Sofortiger Aufruf des Rätekong[resses] an die Proletarier aller Länder zur Bildung von A.-u. S.-Räten zwecks Durchführung der gemeinsamen Aufgaben der sozialistischen Weltrevolution.“⁶³ Am Eröffnungstag des Rätekongresses sprach Karl Liebknecht am 16. Dezember 1918 vom Balkon des preußischen Abgeordnetenhauses, in dem der Kongress tagte, zu etwa 250 000 Arbeitern und Soldaten: „Die erste Aufgabe des Kongresses ist, die Gegenrevolution niederzuwerfen. ...Vorläufig haben wir in Deutschland keine sozialistische Republik. Die sozialistische Republik muss erst durch das Proletariat herbeigeführt werden, durch den Kampf gegen die jetzige Regierung, die zur Trägerin des Kapitalismus geworden ist. Wir verlangen von dem Kongress, dass er die volle politische Macht zwecks Durchführung des Sozialismus in die Hand nimmt und die Macht nicht einer Nationalversammlung überträgt, die nicht ein Organ der Revolution sein würde. Wir fordern von dem Rätekongress, dass er die Hand nach unseren russischen Brüdern ausstreckt und die Delegierten der Russen herüberruft. Wir wollen die Weltrevolution und die Vereinigung der Proletarier aller Länder unter Arbeiter- und Soldatenräten.“⁶⁴

59 Rosa Luxemburg: Verbandsgeneralversammlung der USPD von Groß-Berlin 1918, in: GW, Bd. 4, S. 457/458.

60 Karl Liebknecht: Der Konterrevolution entgegenzutreten!, in: GRS, Bd. IX, S. 643.

61 Siehe Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongress, Berlin 1993, S. 689 und 858.

62 Ein Mißverständnis, in: Paul Levi. Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. Band I/1: Spartakus. Das Leben bis zur Ermordung des Leo Jogiches. Hrsg. von Jörn Schütrumpf, Berlin 2018, S. 671.

63 Karl Liebknecht: Vorschläge für Anträge an den 1. Reichsrätekongress, in: GRS, Bd. IX, S. 645.

64 Karl Liebknecht: Rede während einer Massendemonstration vor dem preußischen Abgeordnetenhaus, 16.

Der zweite Punkt der Tagesordnung des Reichsrätekongresses der A.- u. S.-Räte lautete Nationalversammlung oder Rätengewalt. Rosa Luxemburg charakterisierte das als „die Kardinalfrage der Revolution ... Entweder Nationalversammlung oder die ganze Macht den A.- u. S.-Räten, entweder Verzicht auf den Sozialismus oder schärfster Klassenkampf im vollen Rüstzeug des Proletariats gegen die Bourgeoisie: Das ist das Dilemma.“⁶⁵ Die Anhänger der Regierung setzten Mitte Dezember auf dem 1. Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte gegen die Linke durch: der Kongress votierte für Wahlen zur Nationalversammlung. Eines der ersten Ergebnisse dieses Vorganges war die Entscheidung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, sich am Wahlkampf zur Nationalversammlung zu beteiligen, nachdem der Rat der Volksbeauftragten den 19. Januar 1919 als Wahltag bestimmt hatte. Rosa Luxemburg legte am 23. Dezember die Gründe für ihr Umschwenken in dieser Frage in der »Roten Fahne« dar. „Jetzt stehen wir mitten in der Revolution, und die Nationalversammlung ist eine gegenrevolutionäre Festung, die gegen das revolutionäre Proletariat aufgerichtet wird. Es gilt also, diese Festung zu berennen und zu schleifen. Um die Massen gegen die Nationalversammlung mobil zu machen und zum schärfsten Kampf aufzurufen, dazu müssen die Wahlen, dazu muss die Tribüne der Nationalversammlung ausgenutzt werden. Nicht, um mit der Bourgeoisie und ihren Schildträgern zusammen Gesetze zu machen: um die Bourgeoisie und ihre Schildträger zum Tempel hinauszujagen, um die Festung der Gegenrevolution zu stürmen und die Fahne der proletarischen Revolution auf ihr siegreich zu hissen – dazu ist die Beteiligung an den Wahlen nötig.“⁶⁶

In ihrem Artikel „Nationalversammlung oder Rätengewalt“ vom 17. Dezember 1918 in der „Roten Fahne“ griff sie auf ihre Erkenntnisse aus ihren revolutionsgeschichtlichen Studien über die englische frühbürgerliche Revolution nach 1640 zurück⁶⁷ und sie wies wie Karl Liebknecht die Illusion zurück, der Sozialismus könne auf parlamentarischem Wege, durch einfachen Mehrheitsbeschluss verwirklicht werden.⁶⁸ Karl Liebknecht referierte am 23. Dezember 1918 vor etwa 5000 Zuhörern zum Programmentwurf „Was will der Spartakusbund?“ und erläuterte seine Ansichten zum Stand und den Aufgaben der Revolution. Bisher sei „die deutsche Revolution nichts anderes gewesen als ein Versuch zur Überwindung des Krieges und seiner Folgen“⁶⁹. Mit dem Ruf der herrschenden Klassen nach „Ordnung und Ruhe“ solle das Proletariat zur Kapitulation vor der Gegenrevolution gezwungen werden. Es sei höchste Zeit für den Austritt der USPD aus der Regierung Ebert-Scheidemann. Die Gegenrevolution setze auf Blutvergießen, um die Revolution zu ersticken.

Auf dem Gründungsparteitag der KPD Ende Dezember 1918 erklärte Rosa Luxemburg in ihrer Rede zu einer wirtschaftlich-politischen Einheitsorganisation der Arbeiterbewegung, die Räteorgane müssten zu den „Trägern sämtlicher politischer und wirtschaftlicher Bedürfnisse und Machtmittel der Arbeiterklasse werden“⁷⁰. In ihrem Referat zum Tagesordnungspunkt „Unser Programm und die politische Situation“ forderte sie die bescheidenen Ansätze der Novemberrevolution auszubauen. Die Räte „sollen alle Macht im Staate haben. Nach dieser Richtung hin haben wir in der nächsten Zeit zu arbeiten, und daraus ergibt sich auch, wenn wir uns diese Aufgabe stellen, dass wir mit einer kolossalen Verschärfung des Kampfes in nächster Zeit zu rechnen haben. Denn hier gilt es, Schritt um Schritt, Brust an Brust zu kämpfen in jedem Staat, in jeder Stadt, in jedem Dorf, in jeder Gemeinde, um alle Machtmittel des Staates, die der Bourgeoisie Stück um Stück entrissen werden müssen, den Arbeiter- und Soldatenräten zu

Dezember 1918, in: Ebenda, S. 646.

65 Rosa Luxemburg: Nationalversammlung oder Rätengewalt, in: GW, Bd. 4, S. 460.

66 Rosa Luxemburg: Die Wahlen zur Nationalversammlung, in: GW, Bd. 4, S. 472/473 und siehe auch Ernst Däumig: Der erste Akt der deutschen Revolution! Vortrag des Genossen. Gehalten in der Arbeiterratsversammlung des USPD am 27. Dezbr. 1918, Berlin o.J., S. 1-6.

67 Siehe Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: GW, Bd. 4, S.339/340 und dieselbe: Exzerpt: Guizot: Die Englische Revolution, in GW, Bd. 7/1. Hrsg. und bearb. von Annelies Laschitza und Eckhard Müller. Mit einem Vorwort von Annelies Laschitza, Berlin 2017, S. 30-36 und 237-262, in: Ebenda, S.30-36.

68 Siehe Karl Liebknecht: Was will der Spartakusbund? Rede in einer Versammlung in der Hasenheide in Berlin, 23. Dezember 1918, in: GRS, Bd. IX, S. 651-653.

69 Ebenda, S. 649.

70 Rosa Luxemburg: Gründungsparteitag der KPD 1918/1919, in: GW, Bd. 4, S. 484.

übertragen.“ Denn die sozialistische Revolution erschöpfe sich nicht im Auswechseln einiger Personen an der Spitze des Staatsapparates, sondern bedeute „Eroberung der politischen Macht ... von unten“. Dabei müsse die Masse, „indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben“⁷¹.

Die Räte, erstmals in Russland aufgekommen, benennt sie als das einigende Band des Vorgehens, das ist das „Stichwort dieser Revolution, das ihr das besondere Gepräge der proletarischen sozialistischen Revolution gegeben hat – bei allen Unzulänglichkeiten und Schwächen des ersten Moments, und wir sollen es nie vergessen, wenn man uns mit den Verleumdungen gegen die russischen Bolschewisten kommt, darauf zu antworten: Wo habt Ihr das ABC Eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt Ihr's geholt: die Arbeiter- und Soldatenräte ... In welchem Lande auch nach Deutschland die proletarische Revolution zum Durchbruch kommt, ihre erste Geste wird die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sein.“⁷²

Der sozialdemokratischen Regierung unter Ebert und Scheidemann wirft Rosa Luxemburg vor, die staatliche Verwaltung in den Händen der Monarchisten belassen und die Nationalversammlung als „bürgerliches Gegengewicht“ zu den Räten etablieren zu wollen.⁷³ „Der bürgerliche Parlamentarismus hat, wie die bürgerliche Klassenherrschaft, deren vornehmstes politisches Ziel er ist, sein Daseinsrecht verwirkt... Das Lassallesche Wort gilt heute mehr denn je: Die revolutionäre Tat ist stets, *auszusprechen das, was ist*. Und das, was ist, heißt: hie Arbeit – hie Kapital! ... Klar, offen, ehrlich und durch Klarheit und Ehrlichkeit stark, muss das Proletariat, als Klasse konstituiert, die ganze politische Macht in seiner Hand sammeln.“⁷⁴ Demokratie sei nicht gleichbedeutend mit bürgerlichem Parlamentarismus, sondern heiße Beseitigung der ökonomischen Ausbeutung und die politische Macht in den Händen des arbeitenden Volkes.⁷⁵

Die Novemberrevolution bewertete Rosa Luxemburg in ihrem Referat auf dem Gründungsparteitag der KPD „Unser Programm und die politische Situation“ jetzt nunmehr als „Zusammenbruch des bestehenden Imperialismus“, nicht jedoch als „Sieg eines neuen Prinzips“.⁷⁶ Die erste Phase der Revolution sei ein politischer Umsturz gewesen, den es jetzt zur sozialen Umwälzung voranzutreiben gelte. Dabei müssten unmittelbare Klassenauseinandersetzungen wie Streiks der Ansatzpunkt sein. Zu berücksichtigen sei insbesondere, dass die Massen für eine sofortige Durchsetzung des Rätensystems noch nicht reif sind. Es gelte daher ihre Illusionen bezüglich des Parlamentarismus durch Aufklärung zu überwinden.

In ihrer Rede für die Beteiligung der KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung forderte sie die Nationalversammlung selbst, obwohl „gegenrevolutionäre Festung“, als Tribüne der Agitation zu nutzen und von außen durch Massenaktionen unter Druck zu setzen.⁷⁷ Rosa Luxemburg hatte sich bereits am 23. Dezember zugunsten einer Beteiligung ausgesprochen und in der Zwischenzeit die Unterstützung der anderen Spartakusführer wie Karl Liebknecht gewonnen. Aber als der Vorschlag auf dem Gründungskongress zur Sprache kam, traf er auf heftigen Widerstand.

Karl Liebknecht, einer der erfahrensten Parlamentarier⁷⁸, erklärte in seinem Diskussionsbeitrag: „Selbstverständlich wird das bei weitem wichtigste Mittel für uns sein, die Massen bei direkten Aktionen, die die Revolution geboren hat und die nimmer mehr unterdrückt werden können, auf den Straßen, in den Fabriken zu unterstützen und voranzutreiben. Selbstverständlich wird unsere wichtigste Aufgabe sein, die Massen aufzuklären durch den Anschauungsunterricht, das Rätensystem zu revolutionieren.“ Gleichzeitig solle man die Möglichkeiten der Aufklärung und der eigenen Positionierung im Wahlkampf nicht unterschätzen. „Wir stehen in der Wahlagitation. Es

71 Ebenda, S. 509/510.

72 Ebenda, S. 496.

73 Rosa Luxemburg: Der Anfang, in: GW, Bd. 4, S. 398.

74 Rosa Luxemburg: Nationalversammlung oder Räteregierung? In: GW, Bd. 4, S. 462.

75 Siehe ebenda, S. 461/462.

76 Rosa Luxemburg: Gründungsparteitag der KPD 1918/1919, in: GW, Bd. 4, S. 495.

77 Siehe ebenda, S. 479-483 und dieselbe: Die Wahlen zur Nationalversammlung, in: Ebenda, S. 472-474.

78 Siehe Annelies Laschitzka: Karl Liebknecht. Advokat und Parlamentarier mit Charisma. Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte 15, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2018, S. 39-78.

ist richtig, wir können Versammlungen abhalten und können heftige Angriffe gegen die Nationalversammlung richten, sie im Voraus demaskieren, wie schon getan. ...Schickt uns hinein, nicht damit wir dort parlamentarisieren, damit wir dort Vorteile ergattern, damit wir in irgendwelche Verhandlungen eintreten mit den Scheidemännern, wie von irgendeiner Seite gemeint worden ist, sondern damit wir mit Zähnen und Nägeln darin sitzen zur Vernichtung der Nationalversammlung.“⁷⁹

Rosa Luxemburg hatte Paul Levi mit der Darstellung des Problems beauftragt.⁸⁰ Seine Ansprache führte zu heftigen Reaktionen. Rosa Luxemburg entgegnete: „Ich habe die Überzeugung, Ihr wollt Euch Euren Radikalismus ein bisschen bequem und rasch machen ... Es ist nicht die Reife und der Ernst, die in diesen Saal gehören. Es ist meine feste Überzeugung, es ist eine Sache, die ruhig überlegt und behandelt werden muss. Wir sind berufen zu den größten Aufgaben der Weltgeschichte, und es kann nicht reiflich und gründlich genug überlegt werden, welche Schritte wir vor uns haben, damit wir sicher sind, dass wir zum Ziele gelangen ... Einer von den Genossen ... hat sich auf Russland berufen ... In Russland war die Situation, als man die Nationalversammlung ablehnte, ein bisschen ähnlich der heutigen in Deutschland. Aber habt Ihr vergessen, dass vor Ablehnung der Nationalversammlung im November [1917] etwas anderes stattgefunden hat, die Machtergreifung durch das revolutionäre Proletariat. Habt Ihr vielleicht heute schon eine sozialistische Regierung, eine Trotzki-Lenin-Regierung? Russland hatte vorher eine lange Revolutionsgeschichte, die Deutschland nicht hat. In Russland beginnt die Revolution nicht im März 1917, sondern bereits im Jahre 1905. Die letzte Revolution ist doch nur das letzte Kapitel, dahinter liegt die ganze Periode von 1905 an. Da erreicht man eine ganz andere Reife der Massen als heute in Deutschland. Ihr habt nichts hinter Euch als die elende halbe Revolution vom 9. November. Wir haben sehr reif[lich] zu überlegen, was der Revolution jetzt am meisten frommt und wie ihre nächsten taktischen Aufgaben aussehen und zu formulieren sind ... Wir wollen innerhalb der Nationalversammlung ein siegreiches Zeichen aufpflanzen, gestützt auf die Aktion von außen. Wir wollen dieses Bollwerk von innen heraus sprengen. Wir wollen die Tribüne der Nationalversammlung, und auch diejenige der Wählerversammlungen.“⁸¹

Nach dem 1.Reichsrätekongress hatte Rosa Luxemburg in diesem Sinne für eine Wahlbeteiligung der Linken plädiert. Boykott wäre sektiererisch, weil dadurch „die Massen den gegenrevolutionären Einflüssen“ allein überlassen werden.⁸² Innerhalb der KPD bleibt sie mit dieser Position gemeinsam u.a. mit Karl Liebknecht, Paul Levi, Robert Gehrke, Käthe Duncker, Fritz Heckert, Ulrich Rogg, Werner Hirsch und Carl Minster in der Minderheit.⁸³

Am 11. Januar 1919 schreibt sie der deshalb bestürzten Clara Zetkin: „Unsere ‘Niederlage’ war nur der Triumph eines kindischen, unausgegorenen, gradlinigen Radikalismus. Aber das eben nur der Anfang der Konferenz. In ihrem weiteren Verlauf wurde die Fühlung zwischen uns (der Zentrale) und den Delegierten hergestellt, und als ich während meines Referates auf die Frage der Wahlbeteiligung kurz zurückkam, fühlte ich schon eine ganz andere Resonanz als im Anfang. Vergiss nicht, dass die ‘Spartakisten’ zu einem großen Teil eine frische Generation sind, frei von den verblödenden Traditionen der ‘alten bewährten’ Partei – und das muss mit Licht- und Schattenseiten genommen werden.“⁸⁴ In ihrem Referat erklärte Rosa Luxemburg: „Wir stehen geschlossen vollkommen auf demselben Boden wie gestern. Wir wollen unsere Taktik gegenüber der Nationalversammlung nicht auf die Möglichkeit einstellen, die wohl eintreten kann, aber nicht muss, dass nämlich die Nationalversammlung in die Luft fliegt, sondern wir wollen sie einstellen auf die Eventualitäten, auch auf die revolutionäre Ausnutzung der Nationalversammlung, wenn

79 Karl Liebknecht: Für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, 30. Dezember 1918, in: GRS, Bd. IX, S. 682/683.

80 Siehe Paul Levi: Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund), in: Paul Levi. Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe, Band I/1: Spartakus 1: Das Leben bis zur Ermordung des Leo Jogiches. Hrsg. von Jörn Schütrumpf; Berlin 2018, S. 729-735.

81 Rosa Luxemburg: Gründungsparteitag der KPD, in: GW, Bd.4, S. 479-483.

82 Ebenda, S. 482.

83 Siehe Annelies Laschitza, Rosa Luxemburg. Im Lebensrausch, trotz alledem, Berlin 2000, S. 607-616 und dieselbe: Die Liebknechts, Berlin 2007, S. 417-440.

84 Rosa Luxemburg an Clara Zetkin vom 11. Januar 1919, in: GB, Bd. 5, S. 426.

sie zustande kommt.“⁸⁵

Verhandlungen über einen möglichen Beitritt der Obleute zur neu gegründeten KPD fanden am 31. Dezember 1918 außerhalb des Kongresses statt. Die Kommission der KPD wurde von Karl Liebknecht geführt, die der Revolutionären Obleute von Georg Ledebour, Richard Müller und Ernst Däumig. Sie forderten, dass der Kongress den Beschluss, sich nicht an den Wahlen zur Nationalversammlung zu beteiligen, aufhebe; dass die Revolutionären Obleute innerhalb der Partei, im Vorstand, in den Kommissionen usw. volle Parität erhielten; dass alle Straßenaktionen der KPD vorher mit den Obleuten vereinbart würden und ohne diese keine Aktion in Berlin unternommen werden dürfe; dass die Obleute entscheidenden Einfluss auf Presse und Flugblätter der Partei haben müssten und dass der Name der Partei geändert werden müsse, d. h. der Zusatz »Spartakus« müsse entfallen.⁸⁶

Die offiziöse „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb am 30. Dezember 1919, dass zur Niederwerfung von Spartakus „Theorien nicht genügen“ werden und man bereits sein müsse, den Spartakisten „Gewalt gegenüberzustellen“.⁸⁷ Die Regierung Ebert-Scheidemann-Noske provozierte Anfang Januar 1919 durch die Absetzung des vom Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Berlins berufenen Polizeipräsidenten Emil Eichhorn die Berliner Arbeiter, um sie blutig niederzuschlagen. Am 5. Januar 1919 hatte Noske gegenüber dem Leiter einer zivilen US-amerikanischen Beobachtergruppe Ellis L. Dresel, die den Auftrag hatte vor den Wahlen zur Nationalversammlung die Chancen einer stabilen Regierungsautorität in Deutschland zu prüfen, erklärt: „Die Regierung bereitet jetzt alles vor, so dass sie einen Schlag führen kann.“⁸⁸ Das war die Antwort Noskes auf eine Bemerkung Dresels, dass „die Abneigung, vor den Wahlen Blut zu vergießen, ein Element der Schwäche sei“.⁸⁹

Das vorsätzliche Blutvergießen in der zweiten Januarwoche 1919⁹⁰, in dessen Verlauf auch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gezielt ermordet wurden⁹¹, machte den Weg frei, um in einer Atmosphäre des Terrors und der Hetze am 19. Januar 1919 ein bürgerliches Parlament, die Weimarer Nationalversammlung, zu wählen. Rosa Luxemburg war nach Richard Müller „der beste, klarste und kühnste Kopf der Revolution“⁹².

Am Abend des 15. Januars 1919, als die militärische Niederschlagung der Januarunruhen, provokatorisch durch die Absetzung des linken USPD - Politikers Emil Eichhorn am 4. Januar ausgelöst, längst abgeschlossen war, wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die beiden führenden Köpfe des Spartakusbundes, die zwei Wochen zuvor die KPD mitbegründet hatten, von Offizieren des Stabes der Garde-Kavallerie-Schützen-Division brutal ermordet. Der seinerzeitige Stabschef und eigentliche Führer der genannten Division Hauptmann Waldemar Pabst rühmte sich im April 1962 – im Schutze der Verjährungsfrist – in einem „Spiegel“- Interview

85 Rosa Luxemburg: Gründungsparteitag der KPD 1918/1919, in: GW, Bd. 4, S. 504.

86 Siehe Horst Naumann: Protokoll der Sitzung der revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Berlins am 1. Januar 1919, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 17. Jg., Heft 6/1975, S. 1003-1015 und Bericht Karl Liebknechts an den Gründungsparteitag der KPD, 1. Januar 1919, in: GRS, Bd. IX, Berlin 1971, S. 694/695.

87 Zit. nach Heinz Habedank: Um Mitbestimmung und Nationalisierung während der Novemberrevolution und im Frühjahr 1919, Berlin 1967, S. 177 und siehe Lothar Berthold/Helmut Neef: Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution, Berlin 1978, S. 281-283, 285-296, 300-312, 316, 320-342, 348-377.

88 Zit. nach Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/1919, Berlin 1978, S. 289.

89 Zit. nach ebenda, S. 247.

90 Siehe ebenda, S. 309-316; Hainer Rasmuss: Die Januarkämpfe 1919 in Berlin, Berlin 1958; Jörn Schütrumpf: Von Hechingen nach Moskau – aus der Provinz an die Peripherie, in: Paul Levi: Ohne eine Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. Band I/1. Spartakus 1: Das Leben bis zur Ermordung des Leo Jogiches. Hrsg. von Jörn Schütrumpf, Berlin 2018, S. 55-74 und Ottokar Luban: Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919. Legende und Wirklichkeit, in: Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913-1919. Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, Heft 6, Leipzig 2008, S. 67-117.

91 Siehe Klaus Gietinger: Der Doppelmord, in: Rosa Luxemburgs Tod. Dokumente und Kommentare. Hrsg. von Annelies Laschitzka und Klaus Gietinger. Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, Heft 7, Leipzig 2010, S. 26-49.

92 Richard Müller: Geschichte der Novemberrevolution, S. 712.

offen dieses politischen Verbrechens.⁹³ Bereits im Januar 1962 hatte er sich im dem Blatt „Das deutsche Wort“, das u.a. vom Bundesverteidigungsministerium, vom Gesamtdeutschen Ministerium und vom Bundespresseamt subventioniert wurde, als Initiator und Organisator des Mordes an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vorgestellt.⁹⁴ Diese Aussage veranlasste das Bundespresseamt in einem Bulletin vier Wochen später die Ermordung der beiden Revolutionäre als „standrechtliche Erschießungen“ auszugeben.⁹⁵ Mit dieser wahrheitswidrigen Darstellung aus der Zeit des Kalten Krieges erreichte ein Vertuschungs- und Justizskandal einen späten Höhepunkt, der bereits in der Mordnacht damit begonnen hatte, dass bewusst falsche amtliche Informationen herausgegeben und unter den irreführenden Presseschlagzeilen „Liebknecht auf der Flucht erschossen! Rosa Luxemburg von der Menge getötet!“ in die Öffentlichkeit getragen wurden. Es folgte in den kommenden Monaten vor dem Feldkriegsgericht eben jener Division, der die Mörder angehörten, eine Justizposse. Die wirklichen Schuldigen wurden letztendlich entweder nicht belangt oder mit lächerlich geringen Strafen belegt.⁹⁶

Die sich steigernde Mordhetze begann Anfang Dezember 1918 mit dem in mehreren Hunderttausenden verteilten Exemplaren „Die Frontsoldaten“ gezeichneten Flugblatt: „Arbeiter, Bürger! Das Vaterland ist dem Untergange nahe. Rettet es! Es wird nicht von außen bedroht, sondern von innen: Von der Spartakusgruppe. Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht! Dann werdet ihr Frieden, Freiheit und Brot haben.“⁹⁷ Verantwortlich für diesen Mordaufruf war der Gründer der „Antibolschewistischen Liga“ und des „Generalsekretariats zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus“, der frühere Presseattaché der deutschen Botschaft in Moskau, Eduard Stadtler. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Frenzel, forderte am 4. Januar 1919 vom Rat der Volksbeauftragten die Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit und den Verzicht auf die Sozialisierung der Wirtschaft. Stadtler flossen großzügige Spenden zu, insbesondere nach seinem Vortrag „Bolschewismus als Weltgefahr“ am 10. Januar im Flugverbandshaus vor etwa 50 handverlesenen Industriellen und Bankiers – darunter Ernst Borsig, Carl von Siemens, Albert Vögler und Hugo Stinnes.⁹⁸

Unterdessen verfolgten auf Befehl von Gustav Noske, Volksbeauftragter für Heer und Marine und seit 6. Januar Oberbefehlshaber der Truppen in und um Berlin, 40 bis 50 ausgesuchte Offiziere die Telefonüberwachung aller Berliner Postämter, was unmittelbar zur Verhaftung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – auf deren Köpfe je 50 000 Mark Belohnung ausgesetzt war – durch Mitglieder der Bürgerwehr in Wilmersdorf führte. Mit seinen Befehlen trug Noske mehr als nur politische Mitverantwortung für den Doppelmord.⁹⁹

Mit der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurde symbolisch die Revolution erschlagen. Ihre Mörder in Uniform waren Leute wie Pabst¹⁰⁰, die zu jenen Kreisen gehörten, die in der Folge eine Schlüsselfunktion beim Übergang der Gegenrevolution zum Faschismus inne hatten, offen die Übergabe der Macht an die Faschisten unterstützten und ein einzigartiges Netz zwischen Militär, Politik, Nachrichtendiensten und der Rüstungswirtschaft knüpften.

93 „Ich ließ Rosa Luxemburg richten“, in: Der Spiegel (Hamburg) vom 18. April 1962, S. 38-44.

94 Siehe Klaus Gietinger: Der Konterrevolutionär. Waldemar Papst – eine deutsche Karriere, Hamburg 2009, S. 371.

95 Ebenda.

96 Siehe Doris Kachulle: Waldemar Papst und die Gegenrevolution. Vorträge, Aufsätze. Aus dem Nachlaß. Hrsg. von Karl Heinz Roth. Redaktion: Brigitte Hering. Mit einem Dokumentenanhang von Klaus Gietinger, Berlin 2007.

97 Zit. nach Annelies Laschitzka unter Mitwirkung von Elke Keller: Karl Liebknecht. Eine Biographie in Dokumenten, S. 414.

98 Siehe Reiner Zilkenat: Konterrevolution und „Antibolschewismus“ – Eduard Stadtler und das konterrevolutionäre Netzwerk 1918/19, in: „... alle Macht den Räten!“ Die deutsche Revolution 1918/1919 und ihre Räte, S. 193-219.

99 Siehe Wolfram Wette: Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987, S. 120-137.

100 Siehe Klaus Gietinger: Der Konterrevolutionär. Waldemar Papst – eine deutsche Karriere, Hamburg 2009, S. 185-321.

Prof. Dr. Heinz Karl

Die historische Rolle der Kommunistischen Internationale

Wenn wir uns in diesen Tagen der vor 100 Jahren gegründeten Kommunistischen Internationale erinnern, dann hat das mehr als einen guten Grund. Wie im Folgenden konkret dargelegt wird, hat sie in

dem Vierteljahrhundert von 1919 bis 1943, in dem sie unmittelbar wirkte, die vor der Menschheit im allgemeinen, vor der zum Sozialismus strebenden Arbeiterbewegung im besonderen erwachsenden Grundprobleme klar erfasst und richtige Schlussfolgerungen gezogen. Sie hat einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt und für den Frieden im 20. Jahrhundert geleistet. Und sie hat Erfahrungen gesammelt und verallgemeinert, positive wie auch negative, die auch heute und künftig noch relevant sind!

Als Anfang März 1919 die Kommunistische Internationale gegründet wurde, war das kein absoluter Neuanfang, sondern die grundsätzliche und konsequente Weiterführung eines schon mehr als ein halbes Jahrhundert vor sich gehenden Prozesses. Am 28. September 1864 war – unter führender Anteilnahme von Marx und Engels – in London die Internationale Arbeiterassoziation (die I. Internationale) gegründet worden; im Juli 1889 – 30 Jahre zuvor – in Paris die II. Internationale.

Im Ergebnis ihres Wirkens war „die Internationale“ ein fester, gewissermaßen eingebürgerter Begriff in der internationalen, insbesondere auch der deutschen Arbeiterbewegung, nicht weniger als „der Sozialismus“, die „sozialistische Partei“, „die Gewerkschaft“ – ein selbstverständlicher Grundbegriff im politischen Weltbild organisierter Arbeiter. Mit der Internationale der sozialistischen Parteien und Organisationen verbanden sich vor allem drei grundlegenden Phänomene:

- das Gefühl der Interessenidentität und solidarischen Verbundenheit der Arbeiter aller Länder;
- ihre gegenseitige Unterstützung im Kampf um soziale und politische Rechte, um deren Durchsetzung und Verteidigung;
- das gemeinsame Wirken aller nationalen Abteilungen dieser Internationale für den Frieden unter den Völkern.

Von der II. zur III. Internationale

Der Verrat sozialchauvinistischer Führungscliquen an diesem Grundkonsens im August 1914 verursachte nicht nur Entsetzen, Lähmung und Resignation, sondern auch Widerstand, Ringen um Klärung der Ursachen und um eine reale Alternative. Bereits am 6. September 1914 konstatierte Lenin den „Zusammenbruch dieser Internationale“/1/, ihr Ende als Folge des Opportunismus. Im Oktober fordert er „eine neue“, „vom Opportunismus befreite“/2/ Internationale und im November 1914 spricht er erstmals von der nunmehr notwendigen *III. Internationale* /3/. Die Kommunistische Internationale hatte also, bevor sie *gegründet* wurde, eine *viereinhalbjährige* Vorgeschichte.

Wichtige Etappen auf dem Wege zur Gründung der Kommunistischen Internationale waren die internationalen Konferenzen oppositioneller Kräfte der II. Internationale in Zimmerwald (September 1915) und Kienthal (April 1916). Obwohl die Bolschewiki dort neben Zentristen und Sozialpazifisten in der Minderheit waren, nutzten sie die Konferenzen und die von ihnen – gegen das von den Opportunisten und Sozialchauvinisten beherrschte Internationale Sozialistische Büro - formierte Internationale Sozialistische Kommission im Ringen um Klärung und Aktionen und sammelten um sich die „Zimmerwalder Linke“ zur Vorbereitung einer neuen, der III. Internationale.

Nach der siegreichen Oktoberrevolution und der Errichtung der Sowjetmacht, deren internationales Echo alle Erwartungen übertraf, entstand für die Schaffung der III. Internationale eine neue Situation. Die deutsche Novemberrevolution 1918/19 bis hin zur Bayerischen Räterepublik, die Ungarische Räterepublik, Massenstreik- und andere soziale Bewegungen

sowohl in den besiegten als auch in den Siegerstaaten, der Triumphzug des Rätegedankens in die Zentren des Weltkapitals, schließlich das Entstehen kommunistischer Parteien noch im Jahre 1918 in Finnland (29. August), Österreich (3. November), Ungarn (Ende November), Polen (16. Dezember) und Deutschland (30. Dezember) sowie mehr oder weniger ausgeprägte Linksorientierungen oder linke Flügel in einer Reihe sozialistischer Parteien zeugten nicht nur von einem Linksruck in der sozialistischen Arbeiterbewegung, sondern auch von einer tiefen Krise des politischen Systems in den bürgerlichen Staaten.

Eine Mitte Januar 1919 in Moskau stattfindende Zusammenkunft von Vertretern der KPR(B), der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens, der KP Ungarns, der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutsch-Österreichs, der KP Lettlands, der KP Finnlands, der Sozialdemokratischen Revolutionären Arbeiterföderation des Balkans und der Socialist Labor Party of North America lud 39 kommunistische, sozialistische und syndikalistische Parteien, Organisationen und Gruppierungen Europas, Amerikas und Asiens zu einem internationalen kommunistischen Kongress nach Moskau ein. Die im Einladungsschreiben unterbreiteten Vorschläge für programmatische Ziele und Taktik der neuen Internationale fußten auf den Programmen der KPD (Spartakusbund) und der KPR(B).

Die Gründung der Kommunistischen Internationale

Der Kongress tagte vom 2. bis 6. März 1919 im Moskauer Kreml. An ihm nahmen 52 Delegierte (35

mit beschließender, 17 mit beratender Stimme) teil, die 35 Parteien, politische Gruppen und Organisationen aus 30 Ländern Europas, Asiens und Nordamerikas vertraten, darunter die kommunistischen Parteien Deutschlands, Estlands, Finnlands, Lettlands, Litauens, Österreichs, Polens, Russlands und Ungarns. Den Kongress eröffnete Lenin mit einer Ehrung „der besten Vertreter der III. Internationale, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg“/4/. Als Präsidium des Kongresses wurden Lenin, Hugo Eberlein (Mitglied der Zentrale der KPD) und Fritz Platten (Sekretär der Schweizer Sozialdemokratischen Partei) gewählt.

Im Mittelpunkt der grundsätzlichen Debatten des Kongresses standen das Problem der Umwälzung der Eigentumsverhältnisse als Kernfrage des Übergangs zum Sozialismus und als deren unumgängliche Voraussetzung die vollständige Beseitigung der politischen Macht der Bourgeoisie und ihrer Apparate, ihre Ersetzung durch einen proletarisch-sozialistischen Machtapparat, der seinem *Wesen*, seinem Klasseninhalt nach eine „Diktatur des Proletariats“ verwirklicht. In den *Richtlinien der Kommunistischen Internationale*, zu denen Hugo Eberlein und Nikolai Bucharin referierten, wurde auf „die Enteignung der Großbourgeoisie und des Junkertums“/5/ und die Übernahme der wirtschaftlichen Kommandohöhen durch den proletarischen Staat orientiert und zugleich betont, dass „das Kleineigentum keineswegs expropriert werden wird und daß die Eigentümer, die keine Lohnarbeit ausbeuten, auch keinen Gewaltmaßregeln ausgesetzt werden. Diese Schicht wird allmählich in die sozialistische Organisation hineingezogen.“/6/ Bemerkenswert ist die Feststellung Lenins wenige Tage darauf: „Von der Niederhaltung der Kapitalisten sind wir dazu übergegangen, sie auszunutzen, und das ist wohl unsere wichtigste Errungenschaft in diesem Jahr des inneren Aufbaus.“/7/ Orientiert wurde auf möglichst breite Bündnisse, nicht nur mit der syndikalistischen Strömung in der Arbeiterbewegung, sondern vor allem mit den Mittelschichten./8/

An die *Richtlinien* anschließend widmeten sich Lenins *Thesen und Referat über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats* /9/ der weiteren theoretischen Klarstellung der Machtfrage. Lenin machte deutlich, dass die täuschende Ersetzung des *realen* Gegensatzes von bürgerlichem Staat und proletarischem, sozialistischem Staat durch die *abstrakte* Gegenüberstellung der *klassenneutralen* Begriffe „Demokratie“ und „Diktatur“ die demagogischste – und deshalb gefährlichste – Argumentation zur Verteidigung des *bürgerlichen* Staates und zur Verhinderung *revolutionären Handelns* ist. Und daran hat sich bis heute nichts geändert!

Am Phänomen der Räte, ihrer spontanen Entstehung und rasanten Verbreitung zeigte Lenin, wie wichtig es ist, in den Massen sich vollziehende Prozesse aufmerksam zu beobachten und zu

analysieren, aus ihnen zu lernen und sie für die Mobilisierung der Massen zu nutzen. Er unterstrich immer wieder die Vielgestaltigkeit und nationale Differenziertheit dieses Phänomens, das als *allgemeine Tendenz* sich immer in *konkreten Formen* ausprägte, und warnte nachdrücklich davor, „unsere Revolution als eine Art Ideal für alle Länder hinzustellen“/10/.

Die in der Debatte zum Ausdruck kommende Übereinstimmung in den Kernfragen rückte die zu- nächst zurückgestellte Frage der formellen, organisatorischen Begründung der neuen Internationale in den Vordergrund. Am dritten Konferenztag (dem 4. März) brachten die Vertreter der KP Deutsch-Österreichs, der Linken Sozialdemokratischen Partei Schwedens, der Sozialdemokratischen Revolutionären Arbeiterföderation des Balkans und der KP Ungarns einen entsprechenden Antrag ein. Der Antrag fand breite Zustimmung. Hugo Eberlein, der mit dem Auftrag entsandt worden war, für eine Verschiebung zu plädieren, erklärte, die Argumente für den Antrag hätten ihn überzeugt; da er aber durch sein Mandat gebunden sei, werde er sich der Stimme enthalten. Das beförderte die Beschlussfassung und ermöglichte die Annahme des Antrags *ohne Gegenstimmen*. Die KPD schloss sich sofort nach dem Kongress der KI an.

Der Kongress beschloss, die Leitung der neuen Internationale einem *Exekutivkomitee* zu übertragen. „In das erste Exekutivkomitee sollen die Parteien Rußlands, Deutschlands, Deutsch-Österreichs, Ungarns, der Balkanföderation, der Schweiz, Skandinaviens sofort ihre Vertreter entsenden. ... Bis zur Ankunft der Vertreter aus dem Ausland übernehmen die Genossen des Landes, in dem das Exekutivkomitee seinen Sitz hat, die Last der Arbeit.“/11/ Das entsprach der in der II. Internationale geübten Praxis, die operativen Funktionen im Internationalen Sozialistischen Büro in Brüssel belgischen Sozialisten zu übertragen.

Nach der Gründung der KI

Alle auf dem Gründungskongress vertretenen Parteien, Organisationen und Gruppen schlossen sich der KI an. Ihnen folgten rasch weitere Parteien und Organisationen bzw. nahmen Kontakt zu ihr auf. Der Gründungskongress wirkte – wie beabsichtigt – als Initialzündung.

Charakteristisch war, wie die USPD – eine ausgesprochene Massenpartei – auf die Gründung der KI reagierte. Ihr Leipziger Parteitag Anfang Dezember 1919 beschloss „die Absage an die sogenannte Zweite Internationale“ und den „Zusammenschluß unserer Partei mit der Dritten Internationale und den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder... Sollten die Parteien der anderen Länder nicht gewillt sein, mit uns in die Moskauer Internationale einzutreten, so ist der Anschluß der USP allein vor- zunehmen.“/12/

In zahlreichen sozialistischen Parteien – darunter so gewichtigen wie der französischen und der italienischen – verstärkte sich die Hinwendung zur Kommunistischen Internationale. Die Kommunisten und mit ihnen Sympathisierenden spielten eine hervorragende Rolle in großen Massenkämpfen wie denen zur Niederschlagung des Kapp-Putsches in Deutschland im März/April 1920. So sah sich der II. Kongress der Kommunistischen Internationale (19. Juli 1920 in Petrograd, 23. Juli-7. August 1920 in Moskau) veränderten Bedingungen und Aufgaben gegenüber. Nun galt es, die jungen kommunistischen Parteien nicht nur zahlenmäßig zu stärken, sondern sie auch zu befähigen, Massen zu mobilisieren und zu organisieren, in Aktionen zu führen, ein Netz von Basisorganisationen – möglichst auch in Betrieben – zu schaffen, einen funktionierenden und dem Prinzip des *demokratischen Zentralismus* verpflichteten Zusammenhang zwischen zentraler Leitung, territorialen Leitungen und Basisorganisationen zu gestalten.

Es war der Gefahr zu begegnen, dass zentristische Führungsgruppen sich an die zu den Kommunisten strebenden Mitglieder Massen klammerten, um ihre Führungspositionen zu behaupten, und unter „kommunistischer“ Flagge ihre bisherige Politik weiter betrieben. Dazu beschloss der Kongress Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die KI, die berühmten 21 Bedingungen.

Größtes Gewicht legte der Kongress auf die Nutzung und Erweiterung aller Möglichkeiten der Verbindung mit den Massen. Die vom Kongress beschlossenen Leitsätze über die kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus verbanden ihre prinzipielle Kritik der opportunistischen Anpassung an den bürgerlichen Parlamentsbetrieb und der Integration in das

bürgerliche Herrschaftssystem mit der Kritik an der unter Linken ebenfalls verbreiteten sektiererischen Ablehnung der Beteiligung an Wahlen und der Ausnutzung des Parlaments zur Aufklärung der Massen. Die Leitsätze des Kongresses über die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und die KI verwiesen auf „ein riesiges Anwachsen der Gewerkschaften..., die jetzt nicht mehr eine Organisation allein des fortgeschrittenen Teils des Proletariats, sondern seiner Hauptmassen sind“/13/. Hier müsse ein Schwerpunkt der Aktivität der kommunistischen Parteien liegen.

Schließlich vermittelte der II. Kongress der KI der kommunistischen Bündnispolitik wichtige Impulse. In seinen Leitsätzen über die Agrarfrage wird gefordert, „ausnahmslos und ohne jede Entschädigung das gesamte Land der Großgrundbesitzer, Rittergutsbesitzer und derjenigen Personen [zu] enteignen, die unmittelbar oder durch ihre Pächter systematisch die Arbeitskraft der Lohnarbeiter, der umliegenden kleinen (nicht selten auch der mittleren) Bauernschaft ausbeuten und nicht selbst körperlich arbeiten“/14/. Die Lage der Mittelbauern ist „durch Aufhebung des Pachtzinses und der Hypothekenschulden, durch Hergabe von Maschinen, Einführung der Elektrizität in die landwirtschaftlichen Betriebe usw. [zu] verbessern... Auf jeden Fall garantiert die proletarische Macht der kleinen und mittleren Bauernschaft nicht nur, daß ihr ihre Grundstücke erhalten bleiben, sondern auch, daß sie um die gesamte bis dahin gepachtete Fläche vergrößert werden“/15/.

Nach dem II. Weltkongress waren es vor allem drei Höhepunkte, die der Entwicklung der KI weiteren Auftrieb gaben. Auf ihrem Außerordentlichen Parteitag in Halle (12.-17. Oktober 1920) beschloss die USPD mit großer Mehrheit ihren Anschluss an die KI, wozu auch deren Vorsitzender, Grigori Sinowjew, mit einer überzeugenden Rede beigetragen hatte. Daraufhin spaltete der unterlegene rechte Flügel die USPD.

Anfang Dezember vereinigte sich die USPD (Linke) auf einem Parteitag in Berlin mit der KPD (Spartakusbund) zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD), einer wirklichen Massenpartei und einer der stärksten Sektionen der KI. Anfang der 30er Jahre wurde sie zur zweit- stärksten KI-Sektion nach der KPdSU(B) und war – als erste kommunistische Partei eines kapitalistischen Landes – seit 1930 wählerstärkste Partei in der Hauptstadt Berlin.

Ende Dezember beschloss der Parteitag der französischen Sozialisten in Tours den Anschluss an die KI, worauf auch hier die rechte Minderheit die Partei spaltete. In Tours hatte Clara Zetkin die KI repräsentiert. Nunmehr wirkten in zwei imperialistischen Hauptländern kommunistische Massenparteien.

Einheitsfront!

Am 7. Januar 1921 startete die VKPD in Zusammenarbeit mit dem EKKI, namentlich mit Karl Radek, eine bemerkenswerte Initiative. Sie richtete einen Offenen Brief an die freigewerkschaftlichen Dachorganisationen ADGB und Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, an die anarchosyndikalistischen Gewerkschaften Allgemeine Arbeiterunion und Freie Arbeiterunion (Syndikalisten), an SPD, (Rest-) USPD und die von der KPD abgespaltene linksradikale Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD). Anknüpfend an Forderungen der Stuttgarter Ortsverwaltung des freigewerkschaftlichen Metallarbeiterverbandes schlug sie den Vorständen dieser Parteien und Gewerkschaften gemeinsame Aktionen für wirtschaftliche und politische Tagesforderungen vor./16/ Obwohl die Adressaten nicht auf sie eingingen, hatte diese Initiative große Resonanz und wurde auf dem III. Weltkongress der KI von Lenin hoch gewürdigt. Sie war die eigentliche Geburtsstunde der Einheitsfront- politik.

Weniger glücklich agierten die VKPD-Spitze und mit ihr einige EKKI-Funktionäre, als sie im März 1921 in das offene Messer der wohlvorbereiteten preußischen Polizeiprovokation liefen und in Fehleinschätzung des realen Kräfteverhältnisses und grober Überschätzung der eigenen Möglichkeiten glaubten, dem Polizeiüberfall durch bewaffneten Widerstand begegnen zu können.

Der III. Weltkongress der KI (22. Juni-12. Juli 1921) zog aus diesen Erfahrungen die Schlussfolge- rung, alle Kraft darauf zu richten, in den Tageskämpfen, vor allem in den Betrieben, Gewerkschaften, Kommunen, sozialen Bewegungen die Mehrheit der Arbeiterklasse zu

gewinnen und die Aktionseinheit im Sinne des Offenen Briefes (vom 7. Januar 1921) zu erreichen. Dieser Grundgedanke wurde konkretisiert in den Leitsätzen des EKKI „über die Einheitsfront der Arbeiter und über das Verhältnis zu den Arbeitern, die der II., der II ½. und der Amsterdamer Internationale angehören, sowie zu den Arbeitern, die die anarchosyndikalistischen Organisationen unterstützen“ (vom 18. Dezember 1921). In diesen Leitsätzen wurde auch zustimmend hervorgehoben, dass die KPD sich bereit erklärt habe, „eine einheitliche Arbeiterregierung zu unterstützen, die geneigt ist, einigermaßen ernst den Kampf gegen die Macht der Kapitalisten aufzunehmen“/17/. In diesem Sinne beteiligte sich die KI an der Berliner Konferenz der Drei Internationalen (2.-5. April 1922).

Der IV. Weltkongress der KI (5. November-5. Dezember 1922) konnte eine positive Bilanz ziehen.

In seinem Referat zum Tagesordnungspunkt „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution“ analysierte Lenin die erfolgreiche Entwicklung der Neuen Ökonomischen Politik. Er konstatierte, dass man im Gegensatz zu früheren Ansichten mit wesentlich längeren Fristen des sozialistischen Aufbaus, insbesondere auch der Übergangsperiode, rechnen müsse, man jetzt aber konkretere und offenbar tragfähige Vorstellungen von der Entwicklung habe. Ihm sekundierte Clara Zetkin, die herausarbeitete, dass das Zentralproblem die Erringung und Behauptung der politischen Macht sei, diese aber ihrerseits nur durch eine erfolgreiche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gesichert werden könne. Schon vor dem Kongress hatte sie ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass der Weg der NÖP keineswegs nur für rückständige Länder, sondern auch für die entwickeltsten notwendig und unvermeidlich sei./18/

Sehr wichtig war, dass der IV. Weltkongress klare Aussagen zum Problem der Arbeiterregierung bzw. Arbeiter-und-Bauern-Regierung als Übergangsform der politischen Macht traf. In seinen Thesen über die Taktik der Komintern charakterisierte er sie als „unvermeidliche Schlussfolgerung aus der ganzen Taktik der Einheitsfront“/19/, definierte sie aber eindeutig als Instrument des Kampfes gegen die Bourgeoisie, ihrer sukzessiven Entmachtung, das „sich auf kampffähige Arbeiterorgane stützt“/20/.

Neuer Anlauf

Als die revolutionäre Krise 1923 mit einer Niederlage der revolutionären Bewegung endete und sich eine politische und ökonomische Stabilisierung des Kapitalismus vollzog, veränderten sich für die kommunistische Bewegung auch die Schwerpunkte ihres Wirkens. Es ging jetzt darum, theoretische, politische, organisatorische Schwächen und Hemmnisse, die sich gezeigt hatten, erkannt worden waren, zu überwinden. Es lag auf der Hand, sich dabei an der erfolgreichsten, der siegreichen, an der Macht befindlichen Partei zu orientieren und diesen Aufgabenkomplex als *Bolschewisierung* zu charakterisieren.

Der V. Weltkongress der KI (17. Juni-8. Juli 1924) erklärte die Arbeit der kommunistischen Parteien *in* und *mit* den Massen zur Kardinalfrage, traf aber zugleich Einschätzungen, die dies fragwürdig machten. So sah er in der Einheitsfrontpolitik „nur eine Methode der Agitation und der revolutionären Mobilisation der Massen“/21/, in der Arbeiter-und-Bauern-Regierung keine Übergangsform der politischen Macht, sondern nur ein populäres Synonym für die Diktatur des Proletariats und forderte grundsätzlich die Verknüpfung von Teilforderungen mit dem Endziel /22/.

Ein präziseres Konzept erarbeitete – anknüpfend an die grundlegenden Beschlüsse des II. Weltkongresses 1920 – das V. Erweiterte EKKI-Plenum (März/April 1925) in seinen *Thesen über die Bolschewisierung der Parteien der KI*. Die Notwendigkeit einer „Bolschewisierung“ ergebe sich insbesondere daraus, dass die kapitalistische Stabilisierung einerseits die Gefahr einer rechtsopportunistischen Anpassung an das herrschende System bedeutend verstärke, andererseits Neigungen befördere, sich angesichts der komplizierteren Realität in Pseudoradikalismus und Sektierertum zu flüchten. Zugleich wandten sich die Thesen nachdrücklich gegen ein schematisches Herangehen: „Es wäre jedoch der allergrößte Fehler, die Erfahrung Rußlands auf andere Länder mechanisch zu übertragen, ein Fehler, vor dem bereits Genosse Lenin gewarnt hat.“/23/

Die Bolschewisierungsthesen unterstrichen die zentrale Bedeutung der Gewerkschaftspolitik - mit dem Schwerpunkt auf den reformistisch geführten Gewerkschaften - und betonten: „Sich dem Glauben hinzugeben, die Kommunisten könnten im Rahmen des Kapitalismus neben den Gewerkschaften irgendeine andere Massenform der Arbeiterorganisationen improvisieren, heißt, den Boden der Wirklichkeit verlassen.“/24/ Ebenso wurde besonderes Gewicht auf das Bündnis mit den werktätigen Bauern gelegt, vor allem vermittelt durch verstärkte konkrete Arbeit auf dem Dorf – „Kampf ... um die Mehrheit der Bauernschaft; darauf läuft letzten Endes das grundlegende taktische Problem der kommunistischen Parteien hinaus“/25/. Außerordentlich wichtig war die Orientierung, es „können beträchtliche Schichten von unteren städtischen Angestellten, Beamte, technische Intelligenz usw. ... zu Verbündeten des kämpfenden Proletariats werden“ und „sogar eine Rolle spielen, die mehr oder weniger jener Rolle analog sein wird, die die Bauernschaft Rußlands in gewissen Etappen der proletarischen Revolution gespielt hat“/26/. Entschieden wandten sich die Thesen gegen „den Fehler der Unterschätzung der nationalen Frage, ... der die Kommunisten der Möglichkeit beraubt, erhebliche, zuweilen ausschlaggebende Schichten der Bevölkerung für sich zu gewinnen. Nihilismus und Gleichgültigkeit in der nationalen Frage“/27/ hätten nicht wenig Schaden angerichtet.

Nachdrücklich arbeiteten die Bolschewisierungsthesen heraus, dass die Erfüllung der politischen Aufgaben, der Forderungen der Massenarbeit nur bei systematischer organisatorischer Arbeit und einem Parteaufbau gemäß den Prinzipien des demokratischen Zentralismus und mit Betriebszellen als wichtigster Form der Parteiorganisation zu realisieren seien. Besonderes Gewicht legten sie auf die Hebung des ideologisch-theoretischen Niveaus der Parteien entsprechend den Erkenntnissen Lenins.

Clara Zetkin hielt die Thesen „für vorzüglich geeignet, die kommunistischen Parteien zu Massenparteien zu entwickeln, die den Anforderungen der geschichtlichen Stunde genügen. ... Ich sehe in den Thesen den festen Willen, in den kommunistischen Parteien alle ehrlich revolutionär gesinnten Elemente in reinlicher Scheidung von dem Opportunismus rechts und von dem phantastischen Putschismus, von dem revolutionären Romantismus auf der Linken zusammenzufassen, straff, fest, auf einer einheitlichen ideologischen und organisatorischen Grundlage.“/28/

Die antikommunistische Meinungsmache versieht die bewusste, systematische Weiterentwicklung der kommunistischen Parteien, die objektiv herangereift war und die ihre Kampfkraft und ihren Masseneinfluss, ihre reale geschichtliche Wirkung spürbar erhöhte, mit dem irreführenden und diffamierenden Etikett „Stalinisierung“./29/ Diese ideologische Schablone ist jedoch so ahistorisch und tatsachenwidrig, dass sie auch von nicht-kommunistischen Historikern als haltlos zurückgewiesen wird./30/

Auseinandersetzung um „Sozialismus in einem Lande“

Noch zur Zeit des IV. Weltkongresses, Ende 1922, war mit einem raschen Fortschreiten der revolutionären Bewegung und einer Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Sowjetrepubliken gerechnet und die sozialistische Perspektive mit dieser Erwartung verknüpft worden. Durch die Niederlagen 1923 und die 1924 einsetzende, sich rasch ausbreitende kapitalistische Stabilisierung aber gewann die Frage der Perspektive des sozialistischen Aufbaus erneut an Brisanz, spitzten sich die Debatten darüber jäh zu./31/

Die Mehrheit der KPdSU(B), repräsentiert durch Lenins Stellvertreter und Nachfolger als Regierungschef, Alexej Rykow, den angesehensten Theoretiker der Partei und der Komintern, Nikolai Bucharin, den Generalsekretär des ZK, Josef Stalin, das Staatsoberhaupt, Michail Kalinin, und den Gewerkschaftsvorsitzenden, Michail Tomski, trat *unter diesen konkreten historischen Bedingungen* für den fortschreitenden Aufbau des Sozialismus in der UdSSR ein. Als wichtigste innen- und außenpolitische Bedingungen erachtete sie die Weiterführung der NÖP, insbesondere die Erhaltung und Festigung des Bündnisses mit den werktätigen Bauern, und „normale“ Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten.

Eine Minderheit, repräsentiert durch die Politbüromitglieder Lew Kamenew (bis Dezember 1925 Vorsitzender des Politbüros des ZK), Grigorij Sinowjew (bis Herbst 1926 Vorsitzender der

Komintern) und Leo Trotzki (bis Januar 1925 Volkskommissar für Militär- und Marinewesen und Vorsitzender des Revolutionären Kriegsrates der UdSSR) verstand sich als linke Opposition. Sie stigmatisierte das Konzept der Mehrheit als „Ersetzung der internationalen revolutionären Perspektive“ durch eine „national-reformistische Perspektive“/32/.

Ihren Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung auf dem VII. Erweiterten EKKI-Plenum (November/Dezember 1926)./33/ Sie sei hier in der Sicht des Mitglieds des Präsidiums des EKKI, Clara Zetkin, beleuchtet, die – wie die große Mehrheit der EKKI-Mitglieder und auch der KPD und ihres ZK – entschieden den Standpunkt der KPdSU(B)-Mehrheit unterstützte und das Auftreten der Opposition verurteilte.

In ihrer beeindruckenden Diskussionsrede entwickelte sie vor allem zwei grundlegende Gedanken. Vor allem bestimmte sie unzweideutig den konkreten historischen Platz der laufenden Debatte. Es gehe überhaupt nicht mehr um „die abstrakte Frage: Ist der Sozialismus in einem Lande möglich, ohne daß ihm die Revolution in einigen hochentwickelten kapitalistischen Ländern in Gestalt von Sowjetstaaten Bundesgenossen an die Seite stellt?“/34/ Diese Frage sei schon überholt, durch die Geschichte – die erfolgreiche Entwicklung des Sowjetstaates in den vergangenen Jahren – längst beantwortet. Durch die Oktoberrevolution und die Behauptung der Sowjetmacht sei eine ganz andere, „lebensstrotzende Frage ... auf die Tagesordnung der Geschichte gestellt“: die „Aufrechterhaltung und Weiterführung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion...“/35/ Jetzt gehe es um das *Wie* des sozialistischen Aufbaus und die Mobilisierung der Kräfte für ihn.

Zum anderen polemisierte Clara Zetkin gegen die von den Oppositionellen /36/ vorgenommene undialektische Gegenüberstellung „internationale sozialistische Weltrevolution oder aber nationale, reformistische Entwicklung“/37/, durch die der internationale und der nationale Faktor, das Allgemeine und das Besondere des revolutionären Prozesses auseinandergerissen, ja einander entgegengesetzt werden, die in der Realität eine untrennbare Einheit bilden. Jede Unterschätzung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion schade dem revolutionären Weltprozess, denn „für die proletarische Weltrevolution ist der fortschreitende sozialistische Aufbau in der Sowjetunion eine der allerstärksten, treibenden und Sieg verheißenden Kräfte“/38/ und „jede Stockung, jedes Zurückweichen“ dabei „wird lähmend zurückwirken“/39/ auf das internationale Proletariat.

Natürlich vollziehe sich der sozialistische Aufbau in der UdSSR unter dem ständigen Druck der kapitalistischen Umwelt. Aber: „Wie die politische, wird auch die wirtschaftliche Einheitsfront der kapitalistischen Länder gegen die Sowjetunion durch die kapitalistische Profitgier immer wieder zerrissen.“/40/ Der Sowjetstaat könne, gestützt auf das Staatsmonopol des Außenhandels, die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander ausnutzen.

Clara Zetkin verwies auch auf zwei gewichtige objektive Faktoren, die den sozialistischen Aufbau in der UdSSR begünstigen würden: ihre gewaltige Ausdehnung und ihren Reichtum an natürlichen Ressourcen./41/

Als überaus schädlich und gefährlich erachtete Clara Zetkin die Neigung der Oppositionellen, sich „in Wunschvorstellungen über die proletarische Weltrevolution [zu] flüchten, die mit einem Schlag alle Probleme und Aufgaben lösen und alle Schwierigkeiten beseitigen wird“/42/. Nicht nur, weil das – und die Geschichte hat ihr Recht gegeben – unreal war, oder weil eine Einstellung, die „die Sicherstellung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion vom baldigen Ausbruch von Revolutionen in einzelnen kapitalistischen Ländern abhängig macht“/43/, gefährliches politisches Abenteuerium befördert. Vor allem auch, weil ein solcher *Fatalismus* die Entwicklung des subjektiven Faktors hemme.

Von nicht geringerer grundsätzlicher Bedeutung war auch ihre Verurteilung all jener, „die sich mit Eifer auf die russische Frage stürzten, um dadurch zu verdecken, daß ihnen vollständig die politische Fähigkeit fehlt, die Probleme und Aufgaben der kommunistischen Partei im eigenen Lande auch nur richtig zu sehen und zu formulieren, geschweige denn zu lösen“/44/.

Solche Reflexionen über die gesellschaftliche Entwicklung in der jungen Sowjetunion waren ein wesentlicher Beitrag, um die reale Problematik der *Übergangsperiode* zum Sozialismus zu

erfassen.

Gegen Faschismus

Eine große Rolle im Wirken der KI spielte ihr Kampf gegen den Faschismus. Schon frühzeitig nahm sie diesen, ihren Todfeind, ins Visier. „Das Proletariat hat im Faschismus einen außerordentlich gefährlichen und furchtbaren Feind vor sich. Der Faschismus ist der stärkste, der konzentrierteste, er ist der klassische Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie...“/45/ Mit diesen klaren und alarmierenden Aussagen begann Clara Zetkin das ihr übertragene Referat über den Kampf gegen den Faschismus auf der Tagung des Erweiterten EKKI im Juni 1923 – vier Jahre nach den allerersten Schritten dieser neuen Variante *bürgerlicher* Politik und Ideologie, ein halbes Jahr nach der Errichtung der ersten faschistischen Diktatur.

Obwohl diese Analyse sich also nur auf einen sowohl zeitlich als auch geographisch sehr begrenzten Fundus von Fakten und Erfahrungen stützen konnte, gelang ihr eine historische Bestimmung und Charakteristik des Faschismus, deren wesentliche Elemente von der Geschichte bestätigt wurden, haben die von ihr entwickelten Schlussfolgerungen für den antifaschistischen Kampf ihre prinzipielle Gültigkeit bis heute bewahrt.

Von den durch Clara Zetkin 1923 herausgearbeiteten Wesenszügen des Faschismus sind vor allem fünf hervorzuheben.

Erstens wird der Faschismus eindeutig als Ausdruck der *Offensive* der Großbourgeoisie, der Krise der kapitalistischen Gesellschaft und des bürgerlichen Staates gewertet, welche das Großkapital veranlasst, nach neuen Methoden der Niederhaltung der Massen, aber auch nach neuen Wegen ihrer Bindung an die kapitalistische Ordnung, ihrer Mobilisierung für kapitalistische Interessen zu suchen. Damit wird der *entscheidende* Zusammenhang der Orientierung der Großbourgeoisie auf den Faschismus mit ihren ökonomischen Zielen und dem Streben nach Sicherung ihrer Herrschaft beleuchtet, werden sein *Klasseninhalt*, seine sozialen Triebkräfte bestimmt.

Zweitens hebt Clara Zetkin hervor, dass der Faschismus nicht allein bürgerlicher *Terror* ist, sondern überall, wo er auftritt – vor allem im Interesse der Bindung von Massen und ihres Missbrauchs zur Durchsetzung imperialistischer Politik -, systematisch Terror mit skrupelloser *sozialer Demagogie* kombiniert.

Drittens werden extremer Nationalismus und die Verherrlichung des bürgerlichen Staates – und zwar in seiner autoritären Form – als weitere, für faschistische Bewegungen und Tendenzen bis heute typische, eng miteinander verknüpfte Bestandteile faschistischer Ideologie und Politik erfasst.

Viertens. Scharf unterschieden vom *Klassencharakter* des Faschismus wird seine *Massenbasis*: das Kleinbürgertum, Teile der Intelligenz und deklassierte Elemente aller Schichten. Diese Abgrenzung war schon deshalb außerordentlich wichtig, weil die Massenbasis des Faschismus von bürgerlichen Ideologen immer wieder dazu benutzt wird, seinen Klassencharakter zu vernebeln und zu verfälschen, indem sie sein großbürgerliches, imperialistisches Wesen negieren und behaupten, er sei ein kleinbürgerliches Phänomen bzw. stelle die Herrschaft deklassierter Elemente über alle Klassen und Schichten der Gesellschaft – auch die Bourgeoisie – dar.

Fünftens wird das Augenmerk auf den Widerspruch zwischen der Klassenfunktion und der Massenbasis des Faschismus gelenkt, der dessen Achillesferse darstellt. Diese kann und muss insbesondere durch eine konsequente Bündnispolitik gegenüber den Mittelschichten, nicht zuletzt der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Intelligenz, getroffen werden.

Mit dieser klaren marxistischen Verortung des neuen historischen Phänomens „Faschismus“ in Politik und Gesellschaft legte Clara Zetkin einen soliden Grundstein für die schrittweise Erarbeitung dieser Problematik durch die kommunistische Bewegung.

Es gab auch andere Ansätze. Um die gleiche Zeit schrieb August Thalheimer: „Der deutsche Faschismus ist der Versuch des Kleinbürgertums und der mit ihm verbundenen Schichten der

Intelligenz, auf seine, d.h. auf kleinbürgerliche Weise einen Rettungsweg zu versuchen...“/46/ Später definierte er den Faschismus als „die Verselbständigung der Exekutivgewalt, die Vernichtung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie und die politische Unterwerfung aller übrigen Gesellschaftsklassen unter die Exekutive.“/47/ Gegenüber Clara Zetkins Thesen von 1923 war das ein enormer Schritt zurück.

Das vom VI. Weltkongress 1928 verabschiedete Programm der KI gab eine treffende, Clara Zetkins Ansatz von 1923 folgende Charakteristik des Faschismus./48/ Dann entwickelten sich in der KI kontroverse Debatten, auch mit Ansichten, die mitunter als Unterschätzung der faschistischen Gefahr gewertet werden könnten. Aber immer hoben sich die KI-Positionen von den bürgerlichen und sozial- demokratischen durch eine wesentlich realistischere Sicht positiv ab, nicht nur durch die präzise Bestimmung des Klassenwesens des Faschismus, sondern zum Beispiel auch durch das Erfassen des *Prozesscharakters* des Übergangs zur faschistischen Diktatur und der Rolle des bürgerlichen Staatsapparates im Faschisierungsprozess – Aspekten von zunehmender aktueller Bedeutung.

Der intensive Meinungs austausch des EKKI mit dem ZK der KPD 1931/1932 drängte nicht nur den Einfluss dogmatisch-sektiererischer Kräfte in der KPD zurück, sondern trug wesentlich dazu bei, eine politische Linie der KPD zu fixieren, die die Möglichkeit eröffnete, der Faschisierungspolitik eine Niederlage zu bereiten, wenn die SPD-Führung ihren blindwütigen Antikommunismus zügelte. Diese Chance wurde jedoch vertan, weil die SPD-Spitze im Gegenteil ihren antikommunistischen Kurs *noch verschärfte*./49/

Vertiefte Faschismus-Analyse

1933 unternahm die Komintern nicht nur weitere Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie gegen den Faschismus. Sie erzielte auf dem XIII. EKKI-Plenum im Dezember 1933 auch in der theoretischen Durchdringung der Problematik einen wichtigen Fortschritt mit der Erkenntnis, dass der Faschismus als politisches Phänomen und als Herrschaftsform nicht schlechthin bürgerlich, imperialistisch ist, sondern den Interessen „der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“/50/ dient. Das war eine präzisere, *differenziertere* Betrachtung der Klassenkräfte, die innen- und außenpolitisch neue taktische und strategische Horizonte eröffnete.

Das widerspiegelte unübersehbar der XVII. Parteitag der KPdSU(B) im Januar 1934. In dem von J. Stalin erstatteten Rechenschaftsbericht des ZK wurden „Veränderungen in der Politik Deutschlands, die das Anwachsen der Revanchestimmungen und imperialistischen Stimmungen in Deutschland widerspiegeln“/51/ und die die Sowjetunion berücksichtigen müsse, hervorgehoben und ihnen eine bemerkenswerte Verbesserung der Beziehungen der UdSSR zu Frankreich, Polen und den USA gegenübergestellt. Nachdrücklich verurteilt wurde der Faschismus, „vor allem“ der „Faschismus deutschen Schlages, der sich zu Unrecht Nationalsozialismus nennt, denn selbst bei gründlichster Prüfung ist es unmöglich, in ihm auch nur eine Spur Sozialismus zu entdecken“/52/. Im September 1934 trat die Sowjetunion in den Völkerbund ein, den Japan und Deutschland im März bzw. Oktober 1933 verlassen hatten.

Die kommunistische Bewegung und der erste sozialistische Staat erkannten also rechtzeitig, dass in der Mächtekonstellation eine wichtige Veränderung vor sich ging, dass sich zwei Gruppen imperialistischer Staaten herausbildeten: eine besonders aggressive um Deutschland und Japan (die spätere faschistische „Achse“) und eine mehr auf die Erhaltung des Status quo orientierte. Und sie begriffen – damals, vor 85 Jahren -, dass in dieser Situation eine Position der „Äquidistanz“ grundfalsch wäre. Hier begann der Weg zur Antihitlerkoalition.

Besonders tiefgründig wurden diese Entwicklungen von Georgi Dimitroff reflektiert. Im Juni 1934 warf er in einem Brief an die von ihm geleitete Kommission des EKKI zur Vorbereitung des VII. Weltkongresses der KI die für die weitere Tätigkeit der Komintern entscheidenden Fragen auf. Er forderte eine Korrektur der Thesen vom „Sozialfaschismus“, von der Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, von linken sozialdemokratischen Gruppierungen als Hauptgefahr, Kurs auf die Herstellung der Gewerkschaftseinheit, eine effektive Einheitsfrontpolitik./53/

Antifaschistische Volksfront!

Der VII. Weltkongress der Komintern im Juli/August 1935, auf dem Dimitroff das Hauptreferat hielt und zum Generalsekretär der KI gewählt wurde, entwickelte die Strategie der antifaschistischen Volksfront, die auf die Mobilisierung der breitesten Schichten der Bevölkerung einschließlich demokratischer, liberaler Kreise der Bourgeoisie gegen die Offensive des Faschismus gerichtet war.

Der Kongress orientierte die kommunistischen Parteien auf die Erkämpfung von Regierungen der proletarischen Einheitsfront oder antifaschistischen Volksfront und erläuterte, unter welchen Voraussetzungen die Bildung solcher Regierungen möglich ist und dass deren Kern die proletarische Einheitsfront bilden soll. Er stellte fest, dass solche Regierungen die Chance eröffneten, nicht nur faschistischen Vorstößen erfolgreich zu begegnen, sondern auch politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Gang zu setzen, welche schrittweise Veränderungen der Macht- und Eigentumsverhältnisse ermöglichen und so den Weg zum Sozialismus frei machen.

Mit den Beschlüssen des Kongresses wurden dogmatische und sektiererische Einschätzungen in Bezug auf den unmittelbaren Übergang zur Diktatur des Proletariats, die Einschätzung der Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie und die falsche Zuspitzung des Kampfes gegen die linken Sozialdemokraten als die gefährlichsten Opportunisten überwunden.

Mit der Strategie und Taktik der Volksfront konnten in der zweiten Hälfte der 30er Jahre die kommunistischen Parteien in der Regel ihren politischen Einfluss wesentlich erweitern und ihre organisatorische Basis stärken. Das galt besonders für Frankreich, Spanien, die Tschechoslowakei, Italien, Bulgarien, Jugoslawien sowie für China. Der fast dreijährige heroische Widerstand der spanischen Republik gegen die faschistische Intervention und ihre spanischen Handlanger wäre ohne die Verwirklichung des Konzepts der Volksfront und ohne die Solidarität der Komintern und ihrer Sektionen nicht möglich gewesen.

Die Volksfrontpolitik war die Grundlage für die hervorragende Rolle der Kommunisten in den Widerstandsbewegungen gegen faschistische Regime und in den antifaschistischen Untergrund- und Partisanenbewegungen des Zweiten Weltkrieges.

Mit dem Konzept der Volksfront hatte die kommunistische Bewegung den Weg gefunden, stabile Bündnisbeziehungen nicht nur zu allen werktätigen Mittelschichten herzustellen, sondern auch zumindest Teile der mittleren Bourgeoisie in den Kampf gegen die imperialistische Großbourgeoisie und (ganz im Sinne der genialen *Neuen Ökonomischen Politik* Lenins) in den Prozess des Übergangs zum Sozialismus einzubeziehen.

Dieses Konzept ermöglichte in mehreren Ländern – den sogenannten Volksdemokratien – die Lösung der Machtfrage zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten und eine Entwicklung in Richtung Sozialismus. Alle positiven Erfahrungen im Bemühen um die Entwicklung sozialistischer Demokratie resultierten mehr oder weniger aus Impulsen, wie sie die Volksfrontpolitik vermittelt hatte.

Die Volksfrontpolitik bewirkte nicht nur einen bedeutenden Aufschwung der kommunistischen Bewegung – sie leitete überhaupt die bisher erfolgreichste Periode in der Geschichte der Arbeiterbewegung ein.

Heute haben die Erfahrungen der Volksfrontpolitik – neben ihrem antifaschistischen Potenzial Bedeutung vor allem im Ringen um eine wirkungsvolle, von Massen getragene Friedensbewegung sowie im Streben nach breiten antimonopolistischen Bewegungen mit dem Ziel von Veränderungen der politischen Machtverhältnisse.

Negativ beeinträchtigt wurden diese sehr positiven Entwicklungen durch die 1936 einsetzenden, vor allem durch J. Stalin zu verantwortenden unbegründeten Verfolgungsmaßnahmen gegen sowjetische Partei-, Staats- und Militärskader /54/, die dem sozialistischen Aufbau und der Verteidigungsfähigkeit der UdSSR enormen Schaden zufügten und von denen auch Funktionäre der Komintern und in der UdSSR lebende ausländische Kommunisten betroffen wurden. Krasseste Auswirkung auf die KI war die im August 1938 vom

Präsidium des EKKI beschlossene, mit unzutreffenden Anschuldigungen begründete Auflösung der KP Polens./55/ Opfer dieser Exzesse wurden hochverdiente Führungskräfte der Komintern und ihrer Sektionen wie Nikolai Bucharin, Hugo Eberlein, Wilhelm Knorin, Bela Kun, Julian Lenski, Ossip Pjatzniki, Fritz Platten und Grigori Sinowjew. Von allen Antikommunisten, allen Gegnern der antifaschistischen Aktionseinheit und der Volksfrontpolitik wurden diese Verfolgungen zur Hetze gegen die Sowjetunion und die kommunistische Bewegung ausgenutzt.

Die Komintern im Zweiten Weltkrieg

Die aktive Außenpolitik der Sowjetunion und das Wirken der Komintern konnten in ihrem Bestreben, die Entfesselung eines zweiten Weltkrieges durch den Imperialismus zu verhindern, Mitte der 30er Jahre bestimmte Erfolge erzielen – insbesondere die Beistandsverträge der UdSSR mit Frankreich und der Tschechoslowakei 1935 -, die entsprechende Hoffnungen nährten. Jedoch erwiesen sich die dem entgegenwirkenden imperialistischen Kräfte und Interessen letztlich als stärker. Verkörpert wurden sie vor allem durch den britischen Imperialismus und die von ihm verfolgte Politik des *Appeasement* gegenüber den faschistischen Aggressoren. Forciert nach dem Komplott von München im September 1938, versetzte sie die Sowjetunion im Sommer 1939 in eine äußerst komplizierte, gefährliche Lage. (Ich beschränke mich hier auf knappe Verweise, da wir in unserer Donnerstag-Veranstaltung am 9. Mai zum Thema „1939 – Hatte der Frieden eine Chance?“ ausführlich auf diese Problematik zurückkommen werden.)

Es ging nicht allein darum, dass die britische und die französische Regierung sich einem effektiven Militärbündnis mit der Sowjetunion gegen das kriegsbereite und offenbar auch kriegsentschlossene Hitlerdeutschland verweigerten. Zugleich befand sich die UdSSR seit Mai 1939 faktisch im offenen – *noch* begrenzten – Krieg mit Japan, der *Ende August* seinen Höhepunkt erreichte; tobten am Chalchin Gol Panzer- und Luftschlachten, vergleichbar mit denen des Zweiten Weltkriegs. Der Sowjetunion drohte die Gefahr, *allein* in einen Zweifrontenkrieg gegen die beiden damals stärksten und handlungsfähigsten (und bereits im „Antikominternpakt“ verbündeten) imperialistischen Militärmächte zu geraten.

In dieser äußerst kritischen Situation nahm die Sowjetregierung das deutsche Angebot an und schloss am 23. August mit Hitlerdeutschland einen Nichtangriffsvertrag. Die mit ihm verbundenen geheimen Zusatzabkommen begrenzten das Vorrücken der deutschen Wehrmacht nach Osten, was sich im Herbst 1941 als von größter Bedeutung erweisen sollte.

Die Orientierung, die das EKKI für diese überraschende Wendung den Sektionen der KI gab, widerspiegelt beispielsweise die *Erklärung des ZK der KPD zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt* vom 25. August 1939. Sie begrüßt ihn, „weil er nicht wie das Bündnis Hitlers mit Mussolini und den japanischen Militaristen ein Instrument des Krieges und der imperialistischen Vergewaltigung anderer Völker, sondern ein Pakt zur Wahrung des Friedens zwischen Deutschland und der Sowjetunion ist.“ Die KPD „warnt das deutsche Volk, sich Illusionen hinzugeben... Hitler hat den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion nur in der Notlage einer schwierigen Situation abgeschlossen.“ Im „verstärkten Kampf gegen die Nazidiktatur“ müsse „die Macht der Kriegstreiber gebrochen und das Naziregime durch die Volksrevolution hinweggefegt werden“/56/.

Die Orientierung der Komintern für die neue Situation nach Entfesselung des Zweiten Weltkrieges wurde in einem Artikel Georgi Dimitroffs „Der Krieg und die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern“ dargelegt. Der Krieg sei „auf beiden kriegsführenden Seiten *ein imperialistischer, ungerechter Krieg*, ungeachtet der betrügerischen Losungen, mit denen die herrschenden Klassen der kriegsführenden kapitalistischen Staaten seine wahren Ziele vor den Volksmassen zu verbergen suchen“/57/. Die imperialistischen und kolonialistischen Interessen und Ziele *beider* Seiten wurden deutlich unterstrichen. Interessant ist die Behandlung des faschistischen deutschen Imperialismus. Aufgezogen als eine Art historischer Rückblick, wurden ihm folgende Charakteristika gegeben: „Stoßtrupp der internationalen Reaktion gegen den ‚Weltbolschewismus‘, gegen die Sowjetunion“, „seine ‚geschichtliche‘ antibolschewistische Mission“/58/. Dass Hitlerdeutschland den Nichtangriffspakt abschloss, wurde nicht mit einem Sinneswandel erklärt, sondern mit der wachsenden Stärke der Sowjetunion. Diese Passagen

waren ohne weiteres als Warnung zu verstehen, insbesondere davor, diesem so vorbelasteten Vertragspartner Vertrauen zu schenken. Die Behauptung der Westmächte, sie führten einen *antifaschistischen* Krieg, wurde als demagogisches Manöver zur Täuschung der antifaschistisch gestimmten Massen entlarvt /59/. Nicht nur, dass sie durch völlige Passivität - einen geradezu „komischen Krieg“ (so die öffentliche Meinung in den eigenen Ländern) - ihren polnischen Verbündeten ans Messer lieferten und Hitlerdeutschland bedeutende militärische Erfolge ermöglichten, in der Erwartung, es werde sich gegen die Sowjetunion wenden. Zugleich unterdrückten sie brutal die antifaschistischen Kräfte im eigenen Land: „Seit der blutigen Niederwerfung der Pariser Kommune hat Frankreich keinen derartigen Feldzug der Reaktion gegen die Arbeiterklasse gesehen.“/60/

Aber im Hintergrund stand immer die von Hitlerdeutschland ausgehende Gefahr. So heißt es in einem Kominterndokument „zur deutschen Frage“ vom 27. Dezember 1939: „Für das heute herrschende Hitlerregime bedeutet die Freundschaft mit der Sowjetunion zweifellos nur eine Konjunkturpolitik, darauf berechnet, während des Krieges im Westen den Rücken im Osten frei zu haben... Es ist zu erwarten, daß ... die Tendenzen auf einen Bruch mit der Sowjetunion ... wachsen und erstarken werden.“/61/ Im November 1940 distanzierte sich die UdSSR nachdrücklich von der deutschen Balkanpolitik./62/ Dimitroff entnahm aus seinen Gesprächen mit Stalin und dem sowjetischen Regierungschef und Volkskommissar für Auswärtiges, Molotow: „Unsere Beziehungen zu den Deutschen sind nach außen höflich, doch gibt es zwischen uns ernst zu nehmende Reibungen.“/63/

Unter diesem Blickwinkel wurden auch konkrete gegen Hitlerdeutschland gerichtete Aktivitäten betrachtet. Als Dimitroff Molotow fragte: „Wir streben die Zersetzung der deutschen Okkupationstruppen in verschiedenen Ländern an, und diese Aktivitäten wollen wir, ohne es an die große Glocke zu hängen, noch verstärken. Wird das die sowjetische Politik nicht behindern?“ – entgegnete Molotow: „Selbstverständlich muß man das tun. Wir wären keine Kommunisten, wenn wir diesen Kurs nicht einhalten würden. Nur muß es lautlos geschehen.“/64/

Die kommunistischen Parteien wurden vom EKKI darauf orientiert, unter den jeweiligen konkreten – d.h. mehr oder weniger unterschiedlichen - Bedingungen ihrer Länder als selbständige antifaschistische, antikapitalistische und Friedenskraft die gegen Faschismus und imperialistischen Krieg gerichtete Generallinie des VII. Weltkongresses zu realisieren. Die Französische KP hatte der Regierung Vorschläge zur Verteidigung von Paris unterbreitet. Nach der faktischen Kapitulation der Regierung rief die FKP dazu auf, eine *Front der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Wiedergeburt Frankreichs* zu schaffen und ging an den Aufbau bewaffneter Widerstandsorganisationen. Am 11. November 1940 organisierte sie eine Massendemonstration der Studenten im besetzten Paris. Die KP Belgiens organisierte Streikbewegungen, die KP Norwegens antifaschistische Demonstrationen. Große Anstrengungen zur Schaffung stabiler illegaler Organisationen unter Bedingungen verschärften Terrors unternahmen die kommunistischen Parteien in der Tschechoslowakei, Deutschland, Italien und Ungarn. In den Niederlanden und Dänemark konnten die Kommunisten Fortschritte im Ringen um die antifaschistische Einheitsfront erzielen, in Jugoslawien und Griechenland kämpften sie mit der Waffe gegen die deutsche Aggression, in Bulgarien und Rumänien verteidigten sie die nationale Souveränität gegen die Einbeziehung in die faschistische „Achse“./65/

Die letzten Jahre der Kommunistischen Internationale

Der Zweite Weltkrieg – Krieg, faschistische Okkupation, antifaschistischer Widerstand (zunehmend bewaffnet) – schuf wesentlich kompliziertere Bedingungen des Kampfes der kommunistischen Parteien. Die konkrete nationale, von Land zu Land sehr unterschiedliche Situation stellte sie vor die verschiedenartigsten Probleme und Lösungswege. Auch schwierige und gewichtige Entscheidungen mussten rasch und vor Ort getroffen werden. Die internationalen Verbindungen wurden noch weit komplizierter als bisher. Dies alles waren für die KI als internationale Organisation mit einem leitenden Zentrum Probleme, die in bisheriger Weise nicht mehr zu lösen waren.

Bereits der VII. Weltkongress hatte – ausgehend vom Wachstum und der zunehmenden Vielfalt der Kampfbedingungen und Aufgaben der kommunistischen Weltbewegung –

beschlossen, das Schwergewicht der Tätigkeit des EKKI „auf die Ausarbeitung der grundlegenden politischen und taktischen Einstellungen der internationalen Arbeiterbewegung zu verlegen, bei der Lösung aller Fragen von den konkreten Verhältnissen und Besonderheiten jedes einzelnen Landes auszugehen und, in der Regel, ein unmittelbares Eingreifen in die internen organisatorischen Angelegenheiten der kommunistischen Parteien zu vermeiden“/66/ und den KI-Apparat entsprechend reduziert.

Als im Oktober 1940 der Kongress der USA ein Gesetz beschloss, das der KP der USA die Legalität entzogen hätte, wenn sie weiterhin einer internationalen Organisation angehören würde, beschloss deren Außerordentlicher Parteitag im November 1940, die organisatorische Bindung der KP der USA an die Komintern zu lösen. Das Präsidium des EKKI billigte diese Entscheidung als „politisch zweck- mäßig und richtig“, weil sie die „Bemühungen der reaktionären amerikanischen Bourgeoisie, die revolutionäre Klassenpartei der Arbeiter der Vereinigten Staaten zu vernichten“/67/, durchkreuze.

Dies gab der Diskussion der offenkundigen Probleme neue Nahrung. Im April 1941 hielt Dimitroff in seinem Tagebuch fest, dass bei einem zufälligen Zusammentreffen, aber im Beisein der meisten Politbüromitglieder, Stalin ihm gegenüber die Meinung geäußert habe, man sollte die kommunistischen Parteien aus Sektionen der KI zu völlig eigenständigen Parteien machen, die sich auf ihre Aufgaben im nationalen Rahmen konzentrieren, diese selbständig lösen und „nicht immer nach Moskau blicken“ /68/. Dimitroff sah dies ebenso und konfrontierte Palmiro Togliatti und Maurice Thorez schon am nächsten Tage mit der Frage, „ob das EKKI seine Tätigkeit als *führende Instanz* für die kommunistischen Parteien in der nächsten Zeit einstellen und den einzelnen kommunistischen Parteien *völlige Selbständigkeit* gewährt werden solle; ob man sie in wirkliche *nationale* Parteien der Kommunisten der einzelnen Länder umwandeln solle... Beide meinten, diese Fragestellung sei im Grunde richtig und entspreche völlig der gegenwärtigen Situation der internationalen Arbeiterbewegung.“/69/ Im Mai 1941 diskutierte Dimitroff mit Gottwald, Manuilski und Shdanow über den Inhalt eines Beschlusses zur Einstellung der Tätigkeit des EKKI./70/ Aber der Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion rückte andere Probleme in den Vordergrund.

Wieder aufgenommen wurde die Debatte nicht von ungefähr nach der Wende von Stalingrad, als infolge der schweren Niederlagen und fortgesetzten Rückzüge der deutschen Wehrmacht ein allgemeiner Aufschwung der antifaschistischen Befreiungskämpfe einsetzte, die mit Hitlerdeutschland verbündeten reaktionären Regime ins Wanken gerieten und sich die Möglichkeit tiefgreifender politischer Veränderungen in einer Reihe von Ländern abzeichnete; zugleich sich Intrigen zur Untergrabung der Antihitlerkoalition und für einen Kompromiss mit Kräften des deutschen Imperialismus verstärkten.

Am 13. und 17. Mai 1943 erörterten zwei Sitzungen des Präsidiums des EKKI einen von Dimitroff und Manuilski vorbereiteten Vorschlag des Präsidiums an die kommunistischen Parteien, die KI aufzulösen. Beteiligt an diesen Beratungen waren Georgi Dimitroff und Wasil Kolarow (Bulgarien), Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht (Deutschland), Inkeri Lehtinen (Finnland), Maurice Thorez und André Marty (Frankreich), Palmiro Togliatti [Ercoli] (Italien), Velko Vlahovic [Wlassow] (Jugoslawien), Johann Koplenig (Österreich), Anna Pauker (Rumänien), Dolores Ibarruri (Spanien), Dimitri Manuilski (Sowjetunion), Klement Gottwald und Jan Sverma (Tschechoslowakei), Máttyás Rakosi (Ungarn) und Mihaly Farkas [Wolf] (Kommunistische Jugendinternationale)./71/ Alle Teilnehmer sprachen sich zustimmend aus.

Das Dokument würdigte die historische Rolle der KI, insbesondere ihr eindrucksvolles Wirken als Vorkämpfer gegen den Faschismus und die Aggression Hitlerdeutschlands, das die kommunistische Bewegung gestärkt, ihren Einfluss erhöht habe und von „der politischen Reife der kommunistischen Parteien und ihrer leitenden Kader in den einzelnen Ländern“/72/ zeuge. In den Ländern der Antihitlerkoalition gelte es, „die Kriegsanstrengungen der Regierungen dieser Länder allseitig zu unterstützen, um den Hitlerblock aufs rascheste zu zerschmettern und die Zusammenarbeit der Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu sichern. Dabei darf ebenso nicht aus dem Auge gelassen werden, daß auch einzelne Länder, die der Antihitlerkoalition angeschlossen sind, ihre besonderen Aufgaben haben.“/73/ Es habe sich „gezeigt, daß der allnationale Aufschwung und die Mobilisierung der Massen zum raschesten

Sieg über den Feind durch die Vorhut der Arbeiterbewegung jedes einzelnen Landes am besten und fruchtbarsten im Rahmen ihres Staates verwirklicht werden kann“/74/.

Die Kommunisten „haben immer die Organisationsformen der Arbeiterbewegung und die Arbeitsmethoden dieser Organisationen untergeordnet den grundlegenden politischen Interessen der gesamten Arbeiterbewegung, den Besonderheiten der konkreten gegebenen historischen Lage und den Aufgaben, die aus dieser Lage unmittelbar entspringen.“/75/ Daher schlage das Präsidium des EKKI – „da es unter den Bedingungen des Weltkrieges nicht die Möglichkeit hat, den Kongreß der Kommunistischen Internationale einzuberufen“/76/ – den Sektionen der KI vor: „Die Kommunistische Internationale als leitendes Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung aufzulösen...“/77/.

Der Vorschlag wurde als *Mitteilung des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale* am 23. Mai 1943 in der Moskauer *Prawda* und am 28. Mai 1943 in der in Stockholm erscheinenden Zeitschrift *Die Welt* veröffentlicht.

Zum Vorschlag des Präsidiums des EKKI äußerten sich 31 kommunistische Parteien – ausnahmslos zustimmend; keine Partei erhob Einspruch. Daraufhin erklärte die letzte Sitzung des Präsidiums des EKKI am 8. Juni 1943 „die Auflösung des Exekutivkomitees der Komintern, seines Präsidiums und des Sekretariats des EKKI sowie der Internationalen Kontrollkommission“/78/ und beschloss die Auflösung ihrer Apparate.

Die kommunistische Weltbewegung *nach* 1943. Ihre Resultate

Die Jahre nach der Auflösung der KI waren eine Zeit des Erstarkens der kommunistischen Bewegung, ihres Wachstums in die Breite (sowohl zahlenmäßig als auch hinsichtlich ihrer Verankerung in verschiedenen sozialen Schichten bzw. ihres Einflusses auf diese) und einer bemerkenswerten Erhöhung ihres politischen Gewichts. Dies hatte sowohl objektive als auch subjektive Ursachen.

Zum einen waren diese Jahre gekennzeichnet durch den triumphalen Sieg über Hitlerdeutschland (verbunden mit einer spektakulären Steigerung des Ansehens der sozialistischen Sowjetunion), einen kräftigen demokratischen Aufschwung in allen vom Faschismus befreiten Ländern (in der Regel mit kommunistischen Parteien als Regierungsparteien) und durch den Beginn revolutionärer Prozesse in einer Reihe dieser Länder.

Zum anderen ging die Saat der KI auf: Ihre Sektionen erwiesen sich als revolutionäre Massenparteien Leninschen Typs, organisiert arbeitend entsprechend den Prinzipien des demokratischen Zentralismus, ausgerüstet mit der Theorie von Marx, Engels und Lenin, handelnd gemäß den strategischen und taktischen Erkenntnissen des VII. Weltkongresses der KI. Zahlreiche neue kommunistische Parteien entstanden und entwickelten sich. Hatte 1939 die KI 69 Sektionen mit 4,2 Millionen Mitgliedern, so gab es 1946 bereits 78 kommunistische Parteien mit 20 Millionen Mitgliedern (davon 4,8 Mill. in kapitalistischen Ländern); 1981 waren es 94 Parteien mit über 77 Millionen Mitgliedern. Auch in kapitalistischen Ländern hatten einige Parteien, wie die italienische oder die französische KP, viele Hunderttausende Mitglieder (die IKP 2 Mill.) und gehörten zu den wählerstärksten Parteien ihrer Länder (IKP 1976: 34,44 %). Eine Reihe dieser Parteien verfügte über starke, mitunter dominierende Positionen in den Gewerkschaften oder der Jugendbewegung./79/

Bedeutendstes Ergebnis des Wirkens der kommunistischen Bewegung war die Behauptung und das Erstarken der Sowjetunion, ihr zunehmendes Gewicht in der Welt, und das Herausbrechen weiterer Staaten – unter Führung kommunistischer Parteien – aus dem imperialistischen System. Dieser Prozess erfasste nicht nur China, sondern mit Kuba auch die westliche Hemisphäre. Die Sowjetunion spielte nicht nur eine wachsende Rolle als politische und militärische Supermacht, sondern vermochte diese auch im wissenschaftlich-technischen Bereich zu untersetzen: Brechung des angloamerikanischen Atomwaffenmonopols 1949; die erste *einsatzfähige* Wasserstoffbombe 1951; der den Imperialisten bereitete „Sputnik-Schock“ 1957; Übergang zur bemannten Weltraumfahrt 1961. Die Sowjetunion und die anderen auf dem Wege zum Sozialismus begriffenen Staaten leisteten den *entscheidenden* Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Ebenso vermochten die Kommunisten großen internationalen Organisationen wie dem Weltgewerkschaftsbund und dem Weltbund der Demokratischen Jugend sowie der Weltfriedensbewegung die stärksten Impulse zu verleihen.

Die kommunistische Weltbewegung heute.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der europäischen sozialistischen Staaten 1989-1991 stürzte die kommunistische Bewegung in die tiefste Krise ihrer Geschichte.

Der XX. Parteitag der KPdSU 1956 schien durch seine prinzipielle Kritik der stalinistischen Fehlorientierungen und -entwicklungen die Perspektive zu klären, Dogmatismus und Bürokratisierung von Partei und Staat zu überwinden, der Entwicklung einer lebendigen sozialistischen Demokratie den Weg zu bahnen. Aber da tiefgreifende Veränderungen (wie sie auch der Komintern-Veteran Palmiro Togliatti mit großem Nachdruck anmahnte)/80/ verhindert wurden, trat bald Stagnation ein.

Sie ging Mitte der 80er Jahre (Gorbatschow, Jelzin) in Konzeptionslosigkeit und opportunistische Anpassung bis zur Preisgabe der sozialistischen Macht über, mündete in bürgerliche Konterrevolution und kapitalistische Restauration. Ähnliches ging in den anderen sozialistischen Staaten Europas vor sich. In einer Reihe kommunistischer Parteien kapitalistischer Länder traten Tendenzen opportunistischer Anpassung an die kapitalistische Entwicklung unter der Flagge des „Eurokommunismus“ und ähnlicher Doktrinen auf. Die Parteien schrumpften, ihr Einfluss ging erheblich zurück, einige spalteten sich.

Völlig anders die Entwicklung in China! Hier vermochte es die Kommunistische Partei, Ende der 70er Jahre die irrealen, voluntaristischen Vorstellungen Mao Tse-tungs, die dem „Großen Sprung“ Anfang der 60er Jahre und der „Kulturrevolution“ Ende der 60er und in den 70er Jahren zu Grunde lagen, zu überwinden, die Einheit der Partei und ihre führende Rolle in Staat und Gesellschaft zu sichern und ein realistisches Konzept des weiteren Weges zum Sozialismus durchzusetzen. Dem Wesen nach ist es die geradezu optimale Realisierung der Vorstellungen, die Lenin mit der *Neuen Ökonomischen Politik* verbunden hat. Dabei ist es ein besonders ins Auge fallender – und von Apologeten des Kapitalismus gern missdeuteter - Aspekt, eine durch die Politik der Kommunistischen Partei orientierte und begrenzte, durch den sozialistischen Staat geplante und kontrollierte Tätigkeit des Kapitals *auszunutzen*, um die Produktivkräfte maximal zu entwickeln. Auf diesem Wege konnte die Volksrepublik China in einem Jahrzehnt ihre Wirtschaftskraft verdoppeln, konnte sie unter den Volkswirtschaften der Welt vom fünften Platz auf den zweiten nach den USA vorstoßen – vor Japan und Deutschland, mit Weltspitzenpositionen bei Supercomputern und Industrierobotern, wurde sie zum Hauptkonkurrenten der USA auf dem Weltmarkt. Dank dieser Strategie ist die Volksrepublik China zur dynamischsten Region der Welt geworden, hat sie in historisch kürzester Frist ein Gewicht, einen Einfluss in der Welt erlangt, wie sie die Sowjetunion selbst auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung nicht erreichte.

China zeigt, dass der Sozialismus trotz seiner momentanen Niederlage *in Europa* nicht nur nach wie vor eine *Realität in der Welt* ist, sondern darüber hinaus eine Realität, die wächst *und immer stärker wird*, die einen immer größeren Einfluss auf die Entwicklung der Menschheit ausübt!

Man kann Egon Krenz nur zustimmen, wenn er feststellt, dass „die Rolle als Pionier des Menschheitsfortschritts, die im 18. Jahrhundert Frankreich mit der Revolution von 1789 und im 20. Jahrhundert Russland mit der Oktoberrevolution gespielt haben, im 21. Jahrhundert auf die Volksrepublik China übergegangen ist“/81/.

Auch für die Gegenwart und Zukunft haben die Erfahrungen der kommunistischen Bewegung seit Gründung der Kommunistischen Internationale vor 100 Jahren ihren Wert behalten.

Vor allem belegen sie, dass nur diese Parteien in der Lage waren, theoretisch und praktisch-politisch Wege zu weisen und zu beschreiten, die zur *Realisierung* des Sozialismus führten, mochte dieser auch noch unvollkommen sein. Keine Partei, die einen „besseren Sozialismus“ als die Kommunisten versprach, keine der rechten oder „linken“ Absplitterungen von

kommunistischen Parteien vermochte auch nur den kleinsten Schritt über den Kapitalismus hinaus zu bewirken. Das Gleiche gilt für die Bewältigung der Dialektik des Kampfes um Demokratie (gegen Faschismus!) und Sozialismus in Theorie und Praxis.

Alle historischen Erfahrungen bekräftigen auch, dass die umfassende Lösung der Eigentumsfrage und als deren unumgängliche Voraussetzung die konsequente Entscheidung der Machtfrage die grundlegenden, ausschlaggebenden Probleme im Ringen um die Überwindung des menschenfeindlichen und naturzerstörenden Kapitalismus sind.

Die Geschichte zeigte auch, dass von den (natürlich kritisch analysierten) realen Erfahrungen bei der – und sei es auch nur vorübergehenden – Verwirklichung des Sozialismus auszugehen ist, wenn man tragfähige Konzepte eines künftig zu gestaltenden Sozialismus entwickeln will. Von ihnen abstrahierende „Visionen“, „Utopien“ und „Erzählungen“ helfen keinen Schritt weiter, sondern verwirren nur und führen in die Irre.

Schließlich bewies die Geschichte, dass im Kampf um die Ablösung des Kapitalismus und den Aufbau der neuen Gesellschaft die Rolle der revolutionären marxistischen Vorhut unverzichtbar und durch keine andere Organisation oder Bewegung zu ersetzen ist. Und sie hat immer wieder gelehrt, dass Zersplitterung und Sektenunwesen den Kampf nicht voranbringen, sondern lähmen.

Anmerkungen

* Vortrag in der Donnerstag-Veranstaltung des Arbeitskreises am 14. Februar 2019.

1 W.I. Lenin, Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 2.

2 Ebenda, S. 20/21.

3 Vgl. ebenda, S. 28.

4 Lenin, Bd. 28, Berlin 1959, S. 469.

5 Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Dokumente der Kongresse und Reden W.I. Lenins, Berlin 1959, S. 77.

6 Ebenda, S. 78.

7 Lenin, Bd. 29, Berlin 1961, S. 7.

8 Vgl. Der I. u. II. Kongreß der KI, S. 78.

9 Vgl. Lenin, Bd. 28, S. 471-488.

10 Lenin, Bd. 29, S. 178.

11 Der I. u. II. Kongreß der KI, S. 117.

12 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (im Folgenden immer: DuM/GdA), Bd. VII, 1. Halbbd., Berlin 1966, S. 160.

13 Der I. u. II. Kongreß der KI, S. 221.

14 Ebenda, S. 203.

15 Ebenda, S. 201.

16 Vgl. DuM/GdA, Bd. VII/1, S. 410-412.

17 Die Kommunistische Internationale (Auswahl von Dokumenten der KI von der Gründung bis zum VI. Weltkongreß, 1919-1927), Berlin, November 1955. (Als Ms. gedr.), S. 148.

18 Vgl. Clara Zetkin: Für die Sowjetmacht. Artikel, Reden und Briefe 1917-1933, Berlin 1977, S. 244.

19 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (im Folgenden immer: GdA), Bd. 3. Von 1917 bis 1923, Berlin 1966, S. 646.

20 Ebenda.

21 GdA, Bd. 4. Von 1924 bis Januar 1933, S. 403.

22 Ebenda, S. 403/404.

23 Komintern und revolutionäre Partei. Die Kommunistische Internationale über die revolutionäre Partei und die marxistisch-leninistische Weltanschauung der Arbeiterklasse. Auswahl von Dokumenten und Materialien 1919-1943, Berlin 1986, S. 201.

24 Ebenda, S. 210.

25 Ebenda, S. 218.

26 Ebenda, S. 217.

27 Ebenda, S. 219/220.

28 Clara Zetkin: Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, Leipzig 1974, S. 199/200 u. 201.

29 Vgl. Heinz Karl: Geschichte der KPD im Spiegel gegenwärtiger Geschichtsschreibung. In: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE (im Folgenden immer: Mitteilungen der KPF), H. 3/2009, S. 20 ff.

- 30 Vgl. Klaus Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt (1996), S. 2, 59, 61/62, 64, 66-68, 78/79, 82; ders.: Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (im Folgenden: VfZ), H. 3, Juli 1999, S. 403; Andreas Wirsching: „Stalinisierung“ oder entideologisierte „Nischengesellschaft“? In: VfZ, H. 3, Juli 1997, S. 462/463; Bert Hoppe: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928-1933, München 2007, S. 14/15, 19, 305, 356.
- 31 Vgl. H. Karl: Clara Zetkin über die Oktoberrevolution und die sozialistische Perspektive. In: Geschichtskorrespondenz, April 2007, S. 10.
- 32 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 22. November-16. Dezember 1926, (Hamburg 1927), S. 685 (L. Kamenew).
- 33 Vgl. H. Karl: Clara Zetkin über die Oktoberrevolution..., S. 10/11.
- 34 C. Zetkin: Diskussionsrede auf dem VII. Erweiterten EKKI-Plenum, 13. Dezember 1926. In: dies., Für die Sowjetmacht, S. 394.
- 35 Ebenda.
- 36 Vgl. Anm. 32.
- 37 C. Zetkin: VII. Erweitertes EKKI-Plenum, S. 392.
- 38 Ebenda, S. 403.
- 39 Ebenda.
- 40 Ebenda, S. 398.
- 41 Vgl. ebenda, S. 399.
- 42 Ebenda, S. 401.
- 43 Ebenda, S. 402.
- 44 Ebenda, S. 392.
- 45 C. Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II, Berlin 1960, S. 689.
- 46 Die Internationale, 1923, H. 2, S. 38.
- 47 A. Thalheimer: Programmatische Fragen, Mainz (1993), S. 62.
- 48 Vgl. Die Kommunistische Internationale. (Auswahl von Dokumenten und Reden vom VI. Weltkongreß bis zur Auflösung der KI, 1928-1943), Berlin, Januar 1956, S. 19-21.
- 49 Vgl. H. Karl: November 1932: Wird Hitler gestoppt? In: Mitteilungen der KPF, H. 11/2012, S. 23-27, u. 12/2012, S. 29-31; ders.: August Bebel, das Eigenlob der SPD und ihre Rolle im Jahre 1933, in: Geschichtskorrespondenz 3/2013, S. 15-19.
- 50 Die Kommunistische Internationale (Auswahl ... 1928-1943), S. 266.
- 51 J. Stalin: Fragen des Leninismus, Berlin 1954, S. 599.
- 52 Ebenda, S. 592.
- 53 Vgl. GdA, Bd. 5. Von Januar 1933 bis Mai 1945, S. 462/463.
- 54 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriß, Berlin 1970, S. 545/546; Palmiro Togliatti: Interview über die vom XX. Parteitag der KPdSU gestellten Probleme. In: Geschichtskorrespondenz, Januar 2012, S. 8-30.
- 55 Vgl. Die KI. Kurzer historischer Abriß, S. 546/547.
- 56 GdA, Bd. 5, S. 520/521.
- 57 G. Dimitroff, Ausgewählte Schriften, Bd. 3: 1935-1948, Berlin 1958, S. 163.
- 58 Ebenda, S. 166.
- 59 Vgl. ebenda, S. 171/172, 182.
- 60 Ebenda, S. 171.
- 61 Bernhard H. Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“ Vom Ende der linken Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg 1939-1941, (Berlin 2008), S. 212.
- 62 Georgi Dimitroff: Tagebücher 1933-1943. Hrsg. v. Bernhard H. Bayerlein, (Berlin 2000), S. 320.
- 63 Ebenda, S. 321.
- 64 Ebenda, S. 320.
- 65 Vgl. Die KI. Kurzer historischer Abriß, S. 562-564, 566/567, 576-580.
- 66 VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Berlin 1975, S. 300.
- 67 Die KI. Kurzer historischer Abriß, S. 570.
- 68 G. Dimitroff, Tagebücher, S. 374/375.
- 69 Ebenda, S. 375.
- 70 Vgl. ebenda, S. 386/387.
- 71 Vgl. Die KI. Kurzer historischer Abriß, S. 627-629; Dimitroff, Tagebücher, S. 688-695, 700/701. Gottwald und Togliatti befanden sich im Evakuierungsquartier des EKKI in Ufa und konnten deshalb nicht an den Sitzungen in Moskau teilnehmen, bekamen aber alle Unterlagen, äußerten ihre Meinung und stimmten voll zu.
- 72 Komintern und revolutionäre Partei, S. 316.
- 73 Ebenda, S. 314.
- 74 Ebenda, S. 315.
- 75 Ebenda.

76 Ebenda, S. 316.

77 Ebenda.

78 Dimitroff, Tagebücher, S. 706; vgl. auch: Die KI. Kurzer historischer Abriß, S. 628/629; Komintern und revolutionäre Partei, S. 316.

79 Vgl. Die internationale kommunistische Bewegung. (Gesamtredaktion: W.W. Sagladin), Berlin 1984, S. 37; Die internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie, Bd. 6, Moskau 1985, S. 28-30; Die kommunistische Weltbewegung. Abriß der Strategie und Taktik. (Gesamtredaktion: W.W. Sagladin), Berlin 1973, S. 46.

80 Vgl. P. Togliatti: Interview über die vom XX. Parteitag der KPdSU gestellten Probleme.

81 Egon Krenz: China. Wie ich es sehe, (Berlin 2018), S. 13.

Dr. Günter Wehner

Der Berliner Blutmai 1929

Der blutige 1. Mai 1929 hatte einen dramatischen Vorlauf. Das Jahr 1929 stand im Zeichen sich verschärfender Klassenauseinandersetzungen, gekennzeichnet durch erbitterte Streikkämpfe in mehreren Landesteilen der Weimarer Republik. Hinzu kam, dass die Große Koalition unter Führung des Sozialdemokraten Hermann Müller entgegen allen Wahlversprechen den Bau des Panzerkreuzers A in Auftrag gab. Damit wurde sichtbar, dass die sozialdemokratischen Politiker ihrer Koalitions politik mit der Bourgeoisie einen höheren Stellenwert einräumten als einer Politik gegen unnötige Aufrüstung und einem sozialen Fortschritt für die Bürger der Republik.

Zu dieser unsozialen Koalitions politik unter Hermann Müller kam, dass am 28. September 1928 vom preußischen Innenminister Grzesinski das Rede verbot gegen die NSDAP aufgehoben wurde und die Nazis ungehindert hetzen konnten. Es kam zu gewaltsamen Zusammenstößen der SA mit Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Demokraten, die sich gegen den Straßenterror der SA wehrten. Im Ergebnis der aufgeheizten innenpolitischen Lage verbot der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel am 13. Dezember 1928 politische Versammlungen unter freiem Himmel in Berlin. Dieses Verbot wurde am 21. März 1929 von Grzesinski auf ganz Preußen ausgedehnt. Im April 1929 wurde die Gültigkeit des Demonstrationsverbotes auch für den 1. Mai bekräftigt.

Zu Recht rief die KPD zur traditionellen 1. Mai Demonstration auf.

Gedeckt von seinen sozialdemokratischen Parteifreunden wie dem preußischen Innenminister verbot der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Zörgiebel die Demonstrationen zum 1. Mai in Berlin. Er unterstellte der KPD, sie plane einen Aufruhr und nehme zahlreiche Tote in Kauf. In der Spätausgabe des sozialdemokratischen „Vorwärts“ vom 29. Mai 1929 hieß es: „200 Tote am 1. Mai – Verbrecherische Pläne der Kommunisten.“ Mit dieser bewusst vorbereiteten Provokation setzte Zörgiebel die schwer bewaffnete Berliner Polizei gegen die Maidemonstranten ein.

Trotz des Verbotes gingen, von den Kommunisten angeführt, 200 000 Berliner Werktätige in verschiedenen Stadtteilen auf die Straße. Sie traten für ihre in Jahrzehnten erkämpften Rechte in friedlichen Demonstrationen ein. Die unter dem Befehl des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel stehende Polizei ging unmittelbar nach dem Beginn der Demonstrationen mit bewaffneter Gewalt gegen die Demonstranten vor. Es wurde ohne Vorwarnung sofort scharf geschossen. Die Polizisten eröffneten wahllos das Feuer auf die Demonstranten sowie auf völlig unbeteiligte Bürger, die spazieren gingen. Gegen die unbewaffneten Demonstranten wurden gepanzerte Fahrzeuge mit Maschinengewehren eingesetzt. Die Polizei schoss auf Plakate, die zu Ehren des 1. Mai angebracht waren und auf rote Fahnen, die an den Fenstern der Wohnungen hingen, so zum Beispiel in Berlin-Neukölln und im Stadtteil Wedding. Zum Schutz gegen den Polizeiterror in der Kösliner Straße in Berlin-Wedding errichteten die Bewohner und Demonstranten eine Barrikade. Laut amtlicher Aussage war die besonders massiv und es kam zwischen der Polizei und den angeblichen Verteidigern der Barrikade zu schweren Kämpfen unter Einsatz von Schusswaffen. Bei diesen Kämpfen, wurde berichtet, sei ein Polizeioffizier schwer verwundet worden. Diese Behauptung wurde umgehend vom „Vorwärts. Der Abend“ am 1. Mai verbreitet.

Solche bewusst gefälschten Nachrichten über die Ereignisse am 1. Mai 1929 wurden vor allem von rechtsgerichteten deutschen und ausländischen Zeitungen in Umlauf gesetzt.

In der Kösliner Straße wurde kein Polizeioffizier verletzt. Im Staatsarchiv Potsdam liegen umfangreiche exakte Angaben zum 1. Mai 1929 vor, die wahrheitsgemäß berichten.

Der Kommandeur der Schutzpolizei Oberst Heimannsberg, der an Ort und Stelle gewesen war, schildert in einem internen Bericht, den 2. Mai 1929 betreffend, sachlich die Ereignisse in der Kösliner Straße. Das Wort „Barrikade“ strich er an zwei Stellen und ersetzte es durch „Straßensperre.“ Im weiteren schrieb er „ es glückte der Polizei ... das Hindernis auseinander zu reißen.“ (Staatsarchiv Potsdam Pr. Br. 30/7525, Bl. 234 ff.)

Wie bei allen anderen „Mai-Barrikaden“ handelte es sich immer um Verkehrshindernisse zum Schutz der Demonstranten gegen das Treiben der Polizeifahrzeuge.

Bewusst falsche Meldungen über die Ereignisse am 1. Mai veröffentlichten die rechten Zeitungen „Tag“ und Nachtausgabe“. So wurde berichtet: „Hinter der Barrikade“, gemeint ist die in der Kösliner Straße, „nahmen etwa 100 Kommunisten mit Waffen in der Hand Aufstellung. Gleichzeitig wurden fast sämtliche Fenster geöffnet und in ihnen erschienen ebenfalls, mit Pistolen in der Hand, zerlumpte Gestalten. Auch die Dächer der Häuser waren besetzt und plötzlich, als eine Polizeistreife in einem offenem Auto vorüberfuhr, setzte von allen Seiten ein mörderisches Feuer ein ... die Mannschaften gingen mit Karabinern in der Hand gegen die Barrikade vor. Sie mussten aber zurückweichen ... Nun wurde Verstärkung angefordert. Es folgte nun ein Sturmangriff. Erst nach mehr als einstündigem Kampf, bei dem etwa 2000 Schüsse gefallen waren, war es den Polizeimannschaften gelungen, die Barrikade zu erreichen ...“ (Landesarchiv Berlin 58/2407, Bd I.) Ähnliches behauptete der „Vorwärts“ am 2. Mai in seiner Abendausgabe

Major M. sagte vor der Polizei wie folgt aus „Am 2. Mai gab es zahlreiche Dachsützen und Fensterschützen; aus dem oberen Stockwerk und aus allen Häusern wurde geschossen. Durch das einsetzende Karabinerfeuer wurde das Feuer des Gegners in seiner Hauptwirkung schließlich zum Schweigen gebracht und die Barrikade abgeräumt ...“ (Landesarchiv Berlin 58/2407, Bd. I)

Im nachfolgenden Prozess vor Gericht am 14. Juni 1929 sagte er schlicht und einfach aus. „In der Kösliner Straße hörte ich Feuer aus den Häusern. Das Feuer wurde erwidert und die Barrikade abgeräumt.“(Ebenda)

Es ist ein Wunder, dass das angebliche heftige Feuer keinen einzigen Polizisten traf und keiner der angeblichen zahlreichen kommunistischen Barrikadenkämpfern durch die Polizei umkam oder verletzt wurde.

Während des 1. bis zum 3. Mai 1929 wurden am Wedding ganze drei Schusswaffenträger verhaftet und die Bilanz der massiven Hausdurchsuchungen nach Waffen am 3. Mai 1929 betrug nur vier brauchbare Revolver. Man muss sich die Frage stellen, womit die Polizei laut lancierter Zeitungsmeldungen und angeblichen Augenzeugen so heftig beschossen wurde.

In den nachfolgenden massiven Polizeirazzien nach dem 1. Mai 1929 wurden allein in der Kösliner Straße über 20 Personen festgenommen. Acht wurden gerichtlich belangt, aber wegen falscher Anschuldigungen freigesprochen. In einem Geheimbericht der Polizei, der ebenfalls im Landesarchiv Potsdam vorliegt, wurde protokolliert, die Barrikade in der Kösliner Straße war unbesetzt.

Die Durchsicht der umfangreichen Berichte der drei Berliner Staatsanwaltschaften und die Akten der Polizei im Landesarchiv in Berlin ergeben, dass die Polizei und die rechts gerichtete Presse einschließlich „Vorwärts“ die angeblichen Barrikadenkämpfe als Entschuldigung für die große Anzahl an Opfern und als Rechtfertigung für die nachfolgende brutale Bekämpfung der KPD nutzten.

In den Tagen vom 1. Mai bis zum 3. Mai 1929 kamen durch den Polizeiterror 32 Personen, darunter 7 Frauen, um. Laut Archivunterlagen hat die Polizei 10981 Schuss abgegeben. Zum Einsatz kamen Pistolen, Karabiner und Maschinengewehre. Das jüngste Todesopfer war ein 16 ½ jähriges unbeteiligtes Mädchen, das älteste Opfer war ein 79jähriger Mann. Bei keinem der Todesopfer wurde eine Waffe gefunden. Die archivierten Unterlagen zum Blutmai ergeben, dass es sich um völlig unbeteiligte Berliner handelte, die erschossen wurden. In keinem einzigen Fall ist von der Polizei festgestellt worden, dass ein Todesopfer ein Demonstrant gewesen sei.

Im Gegensatz zu der hohen Todeszahl völlig unschuldiger Personen wurden 28 Polizisten verletzt.

Im Nachgang der blutigen Maitage standen viele Berliner Stadtbezirke unter Ausnahmezustand. Es wurden strenge Ausgangssperren verhängt. Straßenseitige Fenster mussten geschlossen

bleiben. Die Wohnräume durften nicht beleuchtet werden.

Der von Zörgiebel provozierte Blutmai war der erste offene Zusammenstoß der Arbeiterklasse mit der imperialistischen Staatsgewalt seit 1923. Unmittelbar nach den Maitagen von 1929 inszenierten wiederum der SPD Minister Grzesinski und der Reichsinnenminister eine Verfolgungswelle gegen die KPD. Der RFB, die Wehrorganisation der KPD, wurde verboten. Die „Rote Fahne“ erhielt ein siebenwöchiges Druckverbot und man erwog sogar das Verbot der KPD.

Der Blutmai widerspiegelt, wie dem verstärkten Rechtskurs der imperialistischen Bourgeoisie die verantwortlichen Regierungsrepräsentanten der SPD in der Weimarer Republik nachgaben. Die Folge dieser Politik war, dass sich die Kluft zwischen den einfachen SPD-Mitgliedern, - die weiterhin häufig verbittert, aber ratlos ihrer Führung folgten – und den Kommunisten vertiefte und jene Kraft geschwächt wurde, die allein imstande gewesen wäre, den sich stark formierenden faschistischen Kräften entgegenzutreten.

Empfehlenswerte Publikation zum Blutmai: Léon Schirmann: Blutmai 1929. Berlin 1991; Klaus Neukrantz: Barrikaden am Wedding. Berlin 1931

Veranstaltungen des Arbeitskreises, September – Ende 2019

Donnerstag, Zwei deutsche Staaten im 20. Jahrhundert
12. September Einführung: Prof. Dr. Günter Benser

Donnerstag, Der Weg der Volksrepublik China (Zum 70. Jahrestag ihrer Gründung)
10. Oktober

Donnerstag, 1989 – Niedergang und Lehren
14. November Einführung: Dr. Hans Modrow

Die Veranstaltungen beginnen um **15.00 Uhr**. Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24* (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M4; 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 und 255 bis Woelckpromenade)

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin
Tel. 030-65 970 79

Prof. Dr. sc Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin,
Tel. 030- 98 665 74